Kurt Plück

Innerdeutsche Beziehungen auf kommunaler und Verwaltungsebene, in Wissenschaft, Kultur und Sport und ihre Rückwirkungen auf die Menschen im geteilten Deutschland

Einleitung
I. Die fortdauernden Beziehungen im Bereich von Post, Personenverkehr und Allgemeiner Verwaltung (Rechts- und Amtshilfe)
   a) Post
   b) Personenverkehr
   c) Allgemeine Verwaltung
II. Die ungeregelten Verbindungen und Kontakte im Bereich von Kultur, Wissenschaft und Sport von 1949–1972
   a) Kultur und Wissenschaft
   b) Sport
III. Die Regelung innerdeutscher Verbindungen und Beziehungen
   a) Vertragliche Regelungen und die Entwicklung im Bereich von Post, Verkehr und Verwaltung
   b) Die Entwicklung im Bereich von Kultur und Wissenschaft auf der Grundlage vertraglicher Regelungen
   c) Der Sportverkehr auf vertraglicher Grundlage
IV. Innerdeutsche Städtepartnerschaften
V. Rückwirkungen auf die Menschen im geteilten Deutschland
Bibliographische und Quellenhinweise

Einleitung

Die politische Würdigung der innerdeutschen Kontakte und Beziehungen kann nur im Zusammenhang vorgenommen werden. Keines der Beziehungsfelder läßt sein relatives Gewicht für den Zusammenhalt des deutschen Volkes für sich allein abschätzen. Ohne einen – wenn auch eingeschränkt funktionierenden – Post- und Reiseverkehr etwa, ohne die Einsicht auch, daß seit Jahrhunderten Zusammengewachsenes in den ersten Nachkriegsjahren systematisch auseinandergerissen wurde, ist die Bedeutung innerdeutscher Kontakte und

Beziehungen für die Entwicklung bis zur Wiedervereinigung Deutschlands weder vorstellbar noch zu beurteilen.

Deshalb ist zunächst ein Blick auf die ersten Nachkriegsjahre zu werfen, in denen – ausgehend von einer trotz Kriegszerstörungen im wesentlichen einheitlichen Verwaltungsstruktur – die unterschiedliche Entwicklung zweier Verwaltungseinheiten zu zwei selbständigen Staaten einsetzte. Diese im Osten politisch forcierte Entwicklung stieß naturgemäß auf das Beharrungsvermögen gewachsener Strukturen und auf den politisch motivierten Gegenwillen der Menschen.

Am Ende des von Hitler begonnenen und von Deutschland verlorenen Krieges hatten die Siegermächte Deutschland zum Zwecke der Besetzung in vier Zonen eingeteilt und die östlich von Oder und Neisse gelegenen Provinzen polnischer Verwaltung unterstellt. Ihre Deklaration vom 5. Juni 1945 bezog sich aber ausdrücklich auf Deutschland als Ganzes. Die Potsdamer Konferenz legte fest, Deutschland als Wirtschaftseinheit zu behandeln. Selbst wenn von vornherein ein Wille zur endgültigen Teilung wirksam gewesen wäre – die durchgreifende Einverleibung der jeweiligen Besatzungszone in den eigenen Herrschaftsbereich mußte gegen den Willen der anderen Alliierten durchgesetzt und unter Inanspruchnahme der vorhandenen deutschen Strukturen verwirklicht werden. Dies brauchte Zeit. Aber zu Beginn, so scheint es, hat sich auch die Sowjetunion eine gesamtdeutsche Option offenhalten wollen. Es gab den einen Kontrollrat, der erst Anfang 1948 durch den Auszug des sowjetischen Vertreters lahmgelegt wurde, nachdem Moskau sich der Politik des Marshallplans versagte und den Staaten und Zonen seines Machtbereichs die Annahme von Mitteln dieses Hilfsprogramms für den Wiederaufbau Europas untersagt hatte. In der scheinbar hauptsächlich durch die unterschiedlichen Auffassungen in der Währungsfrage verursachten Berlin-Blockade offenbarte sich erstmals vor aller Welt der intransigente Wille Moskaus, die Lage in Europa und Deutschland allein unter dem Gesichtswinkel hegemonialer Machtausübung zu sehen. Im Zusammenhang mit dem sowjetischen Vorgehen in den ostmitteleuropäischen Staaten erkannten die Westmächte die Umrisse eines sowjetischen Konzepts, das – weit entfernt von alliierten Abmachungen aus der Kriegszeit – auf die Ausdehnung sowjetischen Einflusses auf ganz Europa gerichtet schien. Damals sind in den westlichen Hauptstädten die Entscheidungen für ein westliches Bündnis und den Widerstand gegen weiteres sowjetisches Vordringen gefallen. Aus diesem Ost-West-Gegensatz verdichtete sich die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen zur Zweistaatlichkeit Deutschlands.

Zwar hatte die Umgestaltung der sowjetischen Besatzungszone nach kommunistischen Vorstellungen schon 1945 begonnen; auch der Unterschied zur sowjetischen Besatzungspraxis in Österreich ließ bereits damals die langfristigen Zielsetzungen Moskaus ahnen. Aber bis in die 50er Jahre machte sich

auf den verschiedensten Gebieten das Beharrungsvermögen der vorhandenen Strukturen bemerkbar.

In der Entwicklung der einzelnen Felder innerdeutscher Kontakte, Verbindungen und Beziehungen werden immer wieder jene Zäsuren sichtbar, von denen die gesamte Nachkriegszeit im geteilten Deutschland gezeichnet ist (wie z. B. der Bau der Mauer, die Vertragspolitik ab 1970 und die Wiederaufnahme der Kontinuität in der Deutschlandpolitik ab 1982). Sie werden als bekannt vorausgesetzt.

I. *Die fortdauernden Beziehungen im Bereich von Post, Personenverkehr und Allgemeiner Verwaltung (Rechts- und Amtshilfe)*

a) *Post*

Der Postverkehr zwischen der sowjetisch besetzten Zone und den westlichen Zonen und ab 1949 zwischen der DDR und dem Bundesgebiet funktionierte von 1945 bis 1970 ohne rechtliche Abmachungen zwischen den beiderseitigen Postverwaltungen. Jede Zone hatte eigene Postverwaltungen errichtet, die unmittelbar nach Kriegsende ihre Tätigkeit aufnahmen. Aus ihrem Selbstverständnis war das Funktionieren der Post unverzichtbar. Auch die interzonale Zusammenarbeit wurde aufgenommen, weil man wie selbstverständlich von der Zusammengehörigkeit des deutschen Postgebietes ausging. Es gab rege Kontakte zwischen den beiderseitigen Postbehörden auf der Ebene der Hauptverwaltungen, der Bezirksdirektionen und Postämter. Ab 1950 übernahm für das Bundespostministerium die Berliner Außenstelle des Posttechnischen Zentralamtes die Verbindung zur Postverwaltung der DDR. Der rege Briefwechsel und die üblichen mündlichen Besprechungen wurden ab 1955 vom Ministerium für das Post- und Fernmeldewesen der DDR inhibiert und Besprechungen auf Ministerebene gefordert. Dies wiederum lehnte die Bundesregierung – aus übergreifenden Gründen der sogenannten Hallstein-Doktrin – bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre ab.

Vom 24. Oktober 1945 an gab es einen zunächst stark eingeschränkten Briefverkehr, dessen Leistungen allmählich ausgeweitet wurden. Der Paket- und Päckchenverkehr zwischen West-Berlin und der SBZ wurde erst ab 16. Mai 1946 zugelassen. Am 10. Mai 1947 ordnete die Alliierte Kommandantur die Zulassung des Paketverkehrs zwischen Berlin und allen Zonen an (Höchstgewicht 7 kg). Damit gab es wenigstens einen indirekten Paketverkehr zwischen den Zonen, der sich allerdings privater Verbindungen über Berlin bedienen mußte. Die politischen Schwierigkeiten unter den Alliierten wirkten sich immer wieder nachteilig auf die von der sowjetischen Besatzungsmacht reglementierten Postverkehre aus (Einschränkung des Inhalts, umständliches

Einlieferungsverfahren). Verzögerter Rücklauf von Güterwagen aus der SBZ während der Berlin-Blockade zwang auch die westdeutschen Postverwaltungen zu Restriktionen. Erst durch das New Yorker Abkommen, das die Berlin-Blockade am 12. Mai 1949 beendete und auf der Pariser Außenministerkonferenz am 20. Juni 1949 bestätigt wurde, kamen die vier Mächte überein, alle seit Juni 1948 verhängten Einschränkungen aufzuheben, damit „ein normales (!) Funktionieren und ein normaler Gebrauch der Schienen-, Wasser- und Straßenverbindungen sichergestellt wird...". Die beiderseitigen Postverwaltungen erließen am 10. Mai 1949 übereinstimmende Vorschriften über Art und Umfang des innerdeutschen Briefverkehrs. Die Postverwaltung der SBZ war es, die fast vier Monate vor der Deutschen Bundespost am 8. August 1949 den direkten Paket- und Päckchenverkehr in die Westzonen aufnahm. Die Deutsche Bundespost zog – unter ähnlichen Versendungsbedingungen – am 1. November 1949 nach. Gleichwohl ist dieser Verkehr stets besonderen Erschwernissen ausgesetzt gewesen, weil durch gesetzliche Regelungen in der SBZ zahlreiche Gegenstände vom Versand ausgenommen oder nur beschränkt zugelassen waren. Die bis 1969 geltende „Verordnung über den Geschenkpaket- und Päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland" vom 05.08.1954 reglementierte aus politischen Motiven einen Postverkehr, der bei weitem nicht jenem Bedarf zu entsprechen vermochte, den das natürliche Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in Deutschland zu decken wünschte. Die hinzutretende spürbare Zensur des Briefverkehrs offenbarte den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Volk und Regierenden, die mangelnde demokratische Legitimation der Letzteren. (Im Bundesgebiet und Berlin (West) diente eine gewisse Kontrolle des Postverkehrs nach der „Interzonenüberwachungsverordnung vom Mai 1951 und dem Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote" vom Mai 1961 allein der Überwachung warenscheinpflichtiger Handelswaren und verfassungswidrigen Propagandamaterials, nicht – wie in der SBZ – der Erschwerung oder Überwachung privater Beziehungen.)

Einen interzonalen Postzeitungsdienst hat es nur für wenige Monate von September 1947 bis zum Beginn der Berlin-Blockade im Juni 1948 gegeben. Bleibt anzumerken: daß „beide Seiten" den innerdeutschen Postverkehr wie Inlandsverkehr behandelt haben (wenngleich zahlreiche Einschränkungen in der SBZ/DDR den Verkehr mit Westdeutschland diskriminierten) und daß noch das Post- und Fernmelde-Abkommen vom 30.03.1976 zwischen den beiden Postministerien ausdrücklich diesen Inlandstatus (trotz beiderseitiger Zugehörigkeit zum Weltpostverein) fixierte. Auch hierin kommt das offensichtlich vorherrschende Selbstverständnis der mitteldeutschen Bevölkerung zur Geltung, das von der DDR-Regierung geschont werden mußte.

Schon Anfang 1946 konnte – trotz der schweren Kriegszerstörungen – der Fernmeldeverkehr in bescheidenem Umfang zwischen der Sowjetzone und

den Westzonen aufgenommen werden. Bis 1949 fielen alle Restriktionen weg. Die Beschränkungen ergaben sich aus dem technischen Umstand zahlenmäßig geringer Kabelverbindungen. Im Mai 1952 wurden im Zuge der Sperrmaßnahmen der DDR an der innerdeutschen Zonengrenze und um Westberlin erhebliche Eingriffe vorgenommen. Die technisch komplizierten Vorgänge, die hier nicht zu schildern sind, führten dazu, daß für den Interzonenverkehr nur noch 34 Kabel zur Verfügung standen. In Berlin wurden die 4.000 innerstädtischen Telefonleitungen rigoros gekappt. Um den Ostberlinern und Bewohnern der SBZ gleichwohl telefonischen Kontakt in der Stadt zu ermöglichen, konnten sie in Postämtern und Münzfernsprechern in der Nähe der Sektorengrenze auf Westberliner Gebiet mit Ost-Münzen telefonieren. Dies fand mit dem Mauerbau 1961 ein Ende.

Bis zur Aufnahme von Verhandlungen der beiderseitigen Ministerien im Jahr 1969 hat sich die DDR stets geweigert, die Zahl der innerdeutschen Fernsprechleitungen zu vermehren.

Über den Umfang des innerdeutschen Postverkehrs bis 1949 liegen mir keine präzisen Angaben vor. Sie müßten aus den Akten des Bundesministeriums für Post- und Fernmeldewesen zu eruieren sein. Meines Wissens hütete man sich damals vor Veröffentlichungen, weil man nicht wußte, ob die DDR selbst einen genauen Überblick hatte und um ihr nicht Handhaben oder Motivationen für erneute Einschränkungen zu liefern. Die langen Laufzeiten der Postsendungen gehörten zum innerdeutschen Alltag ebenso wie die stunden- ja tagelangen Wartezeiten im Telefonverkehr.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das ein eigenes Referat für soziale Hilfsmaßnahmen in der SBZ eingerichtet hatte, hat sich seit 1954 durch die finanzielle Förderung von Paket-Pack-Kreisen, in denen sich hauptsächlich Frauen aus Ost- und Mitteldeutschland (Vertriebene und Flüchtlinge) mit Einheimischen zusammenfanden, um die materielle und ideelle Unterstützung zehntausender Familien in der SBZ/DDR bemüht. Die Akten des Bundesministeriums und des ihm nachgeordneten Gesamtdeutschen Instituts (Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben) enthalten hierzu auswertbares Material, das die jahrzehntelange selbstlose Hilfsbereitschaft dieser Kreise und den Willen zum menschlichen Zusammenhalt der Partner in Mitteldeutschland aufs Eindrucksvollste bezeugt.

Stichworte für diesen Komplex: Rückflüsse aus dem ERP-Programm (Rückzahlungen der aus Mitteln des Marshallplans Begünstigten) in Höhe von 100 Mio p.a. wurden 1954 (und in den nachfolgenden Jahren in ähnlichem Umfang) für humanitäre Hilfsmaßnahmen zugunsten Mitteldeutschlands zur Verfügung gestellt. Da das Ministerium diese Mittel und Hilfen nicht selbst umsetzen konnte, wurden private Helferkreise gewonnen, die über Jahrzehnte bis zur Wiedervereinigung im Jahre 1990 diese Arbeit ehrenamtlich verrichtet haben. Neben den großen Wohlfahrtsverbänden (DRK, Caritas, In-

nere Mission, Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband und Johanniter-Hilfsgemeinschaft und Deutscher Frauenring, die sämtlich ein Sonderreferat für diese Arbeit einrichteten) entstanden zahlreiche neue Hilfsgemeinschaften, die sich allein dieser Arbeit annahmen und im sog. „Hilfsring“ zusammengefaßt waren. Das vom Ministerium zur Organisation dieser Arbeit gegründete „Büro für gesamtdeutsche Hilfe“ wurde später dem Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands und mit ihm 1969 dem Gesamtdeutschen Institut eingegliedert. Es leistete ungewöhnlich erfolgreiche Werbung für innerdeutsche postalische Hilfsaktionen. Der Werbeetat allein belief sich 1961 auf DM 145.000,– und stieg bis 1967 auf über 1 Mio DM, um bis 1969 auf DM 460.000,– zurückzugehen. Dieses Büro hat über Jahre hinaus die für das Bundesgebiet umfangreichste Werbung im Bereich von Presse, Funk und Fernsehen durchgeführt – ein Erfolg, der vor allem auch darauf zurückzuführen war, daß die Medien im Durchschnitt mehr als die Hälfte der Werbungskosten selbst beisteuerten. Von 1970 an wechselte das Schwergewicht der Tätigkeit des Büros allerdings von der alle Medien umfassenden Werbung zur umfangreichen Information in allen Fragen innerdeutscher menschlicher Verbindungen.

In der 2. Hälfte der 50er Jahre wurde die Zahl der in die Sowjetzone versandten Pakete und Päckchen auf jährlich 40 Mio geschätzt. Von 1961 an wurden jährlich rund 50 Mio Pakete und Päckchen in die Sowjetzone geschickt; in der Gegenrichtung gelangten über 21 Mio Pakete und Päckchen ins Bundesgebiet. Die Anzahl der Briefe betrug ein Vielfaches davon. Gerade dieser Gegenverkehr machte deutlich, daß es sich nicht nur um die Stillung materieller Bedürfnisse, sondern in höherem Maße um Zeichen der Verbundenheit handelte. Als sich Mitte der 60er Jahre die Versorgungslage in der DDR etwas entspannte, nahm dieser Postversand in Ostrichtung zwar allmählich ab, behielt aber in Qualität und Umfang seine Bedeutung als wirksames Zeichen der Einheit.

Für verschiedene Jahre zwischen 1969 und 1987 wurden folgende Umfänge postalischer innerdeutscher Kontakte festgestellt: **Telefongespräche** in West-Ost-Richtung (im Westen ankommende Gespräche konnten zahlenmäßig nicht erfaßt werden)

1969	1972	1980	1987
500.000	5.100.000	23.000.000	35.500.000
Davon zwischen West-Berlin und Ost-Berlin und der DDR			
–	–	–	10.100.000

Briefe, Pakete und Päckchen (in Mio)

		aus der DDR u. aus Ost-Berlin	in die DDR u. nach Ost-Berlin
1980	Briefe	70	83
	Pakete und Päckchen	9	27
1984	Briefe	85	62
	Pakete und Päckchen	9	25
1987	Briefe	95	75
	Pakete und Päckchen	9	24

Der z. T. abnehmende Umfang stand allerdings vor allem in den 80er Jahren in unmittelbarem Zusammenhang mit den sehr verbesserten Reisemöglichkeiten (Mitnahme von Geschenken).

Auf die Verhandlungen der beiderseitigen Postministerien in den 70er und 80er Jahren, die zu vielfachen Erleichterungen im Postversand und zu Verbesserungen im Telefonverkehr führten, kann hier nur hingewiesen werden.

Neben den bibliographischen Quellen dienten mir Angaben früherer Mitarbeiter, die durch Aufarbeitung der Akten dieses außerordentlich eindrucksvollen Bereichs (tausende über Jahrzehnte ehrenamtlich tätige Frauen, Inanspruchnahme praktisch aller caritativen Verbände über Jahrzehnte bis zur Wiedervereinigung) vervollständigt und vertieft werden sollten.

b) *Personenverkehr*

Goethe war es, wie er bekannte, um die Einheit Deutschlands nicht bange: Die guten Straßen würden das Ihre schon tun. Verkehrsverhältnisse sind für das Zusammengehörigkeitsbewußtsein eines Volkes naturgemäß von großer Bedeutung. 1945 waren die später getrennten Gebiete durch ein dichtes Netz von Straßen und Schienen verbunden. Der Unterschied zwischen der Situation für den Personenverkehr in den Jahren 1945 und 1969 macht den drosselnden Eingriff deutlich, den die sowjetische Politik und die der DDR vorgenommen hat.

1945 führten 176 Straßen von einem Gebiet in das andere (davon waren 4 Autobahnen, 172 Reichs- und Landstraßen) sowie tausende öffentliche Gemeindewege und private Wirtschaftswege (Verbindungen von Dort zu Dorf). 1969 waren ganze 5 Straßenverbindungen befahrbar (2 Autobahnen, 3 Straßen).

1945 verbanden 40 Eisenbahnlinien die später getrennten Gebiete, 1969

waren es noch 8. Überdies verkehrten 1945 mehr als doppelt so viele schnellfahrende Züge auf diesen Strecken wie 1969. Von den vielen hundert langsamen Zugverbindungen (Mittel- und Nahverkehr) war keine einzige mehr in Betrieb.

Nur der Vollständigkeit halber sollen hier noch die statistischen Angaben über den Eisenbahn-Güterverkehr und die Wasserwege angeführt werden. 1936 wurden zwischen den später getrennten Gebieten auf der Schiene 42 Mio Tonnen Güter befördert; 1969 lag die Transportleistung seit 1959 unverändert bei 9,5 Mio Tonnen – ein Rückgang von 75 % –. 1938 wurden auf den Wasserwegen mehr als 8 Mio Tonnen befördert, 1969 1 Mio. Unter Berücksichtigung einer ungeteilten Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung in diesem Zeitabschnitt hätte die Gütermenge 1969 etwa das Fünfzehnfache betragen.

Bis 1949 waren die Bedingungen für den Personenverkehr weitestgehend von den Erlaubnissen der Besatzungsmächte abhängig. Ab 1950 unterlag der Personenverkehr im wesentlichen deutschen Verwaltungen. Entlang den besatzungsrechtlich gezogenen innerdeutschen Zonengrenzen war bis 1952 ein Personenverkehr möglich, der unter anderen staatsrechtlichen Bedingungen als „Kleiner Grenzverkehr“ zu bezeichnen gewesen wäre. Mit den Sperrmaßnahmen der Sowjetzonenregierung vom Mai 1952 wurde dieser gesamte örtliche Verkehr unterbunden (Verlust von Arbeitsplätzen und von landwirtschaftlichen Nutzungsflächen) und bis auf den Ausnahmefall des Schieferbergbaus in Lehesten/Thüringen (bis 1961) beendet. Die Unterbindung gerade des spontanen Kontaktes der unmittelbar benachbarten Menschen im Gebiet der innerdeutschen Grenze ist seit damals bis 1989 eines der am konsequentesten verfolgten Ziele des SED-Regimes geblieben: Die gänzliche Unzugänglichkeit der 5-km-Sperrzone entlang der Zonengrenze für Besucher aus dem Westen bis in die 70er Jahre und die beharrliche Weigerung, Sportbegegnungen zwischen benachbarten Sportvereinen zuzulassen, machen diesen territorialmenschlichen Bereich als einen für die SED politisch-ideologisch besonders sensiblen erkennbar.

(Die kontinuierlichen technischen Kontakte der Deutschen Bundesbahn zu den zuständigen Stellen der Deutschen Reichsbahn brauchen hier nicht dargestellt zu werden. Wie zu den übrigen Beziehungen anderer Verkehrsbereiche liegen nach meinen Nachfragen keine monografischen Darstellungen vor. Die Akten der Deutschen Bundesbahn und der zuständigen Stelle der DDR dürften aber keine nennenswert abweichenden Ergebnisse zeitigen).

Über den innerdeutschen Reiseverkehr auf Schiene und Straße liegen aus den Jahren 1945–1949 keine Zahlenangaben vor. Die Akten der Besatzungsmächte dürften hierüber aber sicher brauchbares Material enthalten. Die von Seiten der Behörden des Bundesgebietes geführten Statistiken geben weithin aufgrund von Zählungen vorgenommene Schätzungen wieder. Sie sind aber insofern

hinreichend zuverlässig, als die verzeichneten Ergebnisse in den allgemeinen politischen Bedingungen ihre Entsprechung fanden und den Trend der Entwicklung belegen. Die Bedeutung Berlins als Treffpunkt innerdeutscher Begegnungen kann kaum überschätzt werden. Nach den Sperrmaßnahmen der Sowjetzonenregierung im Jahre 1952 entwickelten sich die Sektorengrenzen in der Stadt bis zum Mauerbau 1961 nicht nur zum letzten halbwegs ungefährlichen Fluchtweg. Bis zum Mauerbau bot die Stadt den Mitteldeutschen, die keine Reisegenehmigung zum Besuch Westdeutschlands erhalten hatten, die Möglichkeit, sich mit ihren westdeutschen Verwandten in Berlin (West) zu treffen. In gewisser Weise setzte die deutsche Hauptstadt in der Trennung bis 1961 jene katalysatorischen Funktionen fort, die sie für das Zusammenwachsen der Deutschen nach 1871 ausgeübt hatte. Für Millionen Westdeutsche, die sich für die Verhältnisse „hinter dem Eisernen Vorhang“ interessierten, die aber keine andere Gelegenheit hatten, die DDR zu besuchen, bot ein Besuch des Ostsektors jenen Anschauungsunterricht, der das Urteil über den realen Sozialismus und über die Lage der Landsleute in der DDR realistisch machte.

Die nachfolgend aufgeführten Statistiken sind weitgehend dem „Zahlenspiegel – ein Vergleich“ zwischen der Bundesrepublik und der DDR, der über lange Jahre vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegeben wurde, und dem „Staatslexikon“ (Herder, Bd. 3) entnommen. Diese statistischen Reihen über den innerdeutschen Reiseverkehr sind ein Beleg dafür, wie stark der Umfang des menschlichen Zusammenhalts der politischen Pression durch das SED-Regime ausgesetzt war. Gleichwohl: Mochte Chruschtschows Appell aus dem Jahre 1962, „Wir sind zuerst Sozialisten und erst dann sind wir Russen oder Deutsche“, auch für eine kurze Weile die Entschlossenheit der SED gestützt haben, nach dem Bau der Mauer den Störfaktor des nationalen Zusammenhalts durch die fast totale Drosselung des Besucherverkehrs zu eliminieren, so bezeugen die später wieder anwachsenden Reiseströme nicht etwa die menschenfreundliche Gesinnung des Regimes, sondern den offenbar unausrottbaren Wunsch nach dem menschlichen Zusammenhalt mit den Landsleuten im anderen Teil eines gemeinsamen Vaterlandes.

REISEN AUS DER DDR IN DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND in 1000

	Rentnerreisen	Reisen in dringenden Familienangelegenheiten	insgesamt
1953[1])	1.516		
1954	2.500		
1955	2.270		
1956	2.400		
1957	2.720		
1958[2])	690		
1959	876		
1960	807		
1961	675		
1962[3])	27		
1963	50		
1964[4])	664		
1965	1.219		
1966	1.055		
1967	1.072		
1968	1.047		
1969	1.042		
1970	1.048		
1971	1.045		
1972	1.068	11	1.078
1973[5])	1.257	41	1.298
1974	1.316	38	1.354
1975	1.330	40	1.370
1976	1.328	43	1.371
1977	1.323	41	1.364
1978	1.384	49	1.433

1) Für die Jahre 1953–1956 wird – nach Aufhebung des Interzonenpaßzwanges durch die sowjetische Besatzungsmacht auch in der SBZ – eine Gesamtzahl von 8.7 Millionen Einreisenden angegeben.

2) Ab 1957 schränkte die DDR den Reiseverkehr zunehmend drastisch ein

3) Nach dem Mauerbau kam der Reiseverkehr fast völlig zum Erliegen

4) Seit Nov. 1964 durften Rentner einmal im Jahr für 4 Wochen ihre Verwandten im Westen besuchen. Der jährlich gleichbleibende Umfang spiegelt die gleichwohl verordnete Limitierung auch dieser humanitären Maßnahme wider.

1979	1.369	41	1.410
1980	1.554	40	1.594
1981	1.564	37	1.601
1982	1.554	46	1.600
1983[6])	1.463	64	1.527
1984	1.546	61	1.607
1985	1.600	66	1.666
1986	1.516	244	1.760
1987[7])	3.800	1.200	5.000
1988	6.700	1.100	7.800
1989[8])			

5) Mit dem Verkehrsvertrag erließ die DDR-Regierung am 17.10.72 eine Anordnung, wonach Reisen in dringenden Familienangelegenheiten für einen vergrößerten Kreis von Verwandten (auch unter dem Rentenalter) ermöglicht wurden. Großeltern, Eltern, Kinder und Geschwister konnten Verwandte aus Anlaß von Geburten, Eheschließungen, lebensgefährlichen Erkrankungen und Sterbefällen Verwandte im Westen einmal oder mehrmals im Jahr besuchen. Mit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages zählten auch Ehejubiläen zu solchen Familienangelegenheiten.

6) Im Zuge der allmählichen Lockerungen im innerdeutschen Reiseverkehr erhöhten sich die Reisen in dringenden Familienangelegenheiten bis zum Jahre 1986 auf das Vierfache. Diese Zahlenreihe ist politisch-soziologisch aufschlußreich.

7) Im Vorfeld des Honeckerbesuchs stieg die Zahl der Rentnerreisen, vor allem aber die Zahl der Reisenden unter 60 Jahren exorbitant an. Diese Reisen waren überwiegend nicht mehr an den Nachweis dringender Familienangelegenheiten gebunden. Der Umfang des Reiseverkehrs im Jahre 1987 übertraf alle Nachkriegsumfänge und bewies, daß auch die jahrzentelange Spaltung und Entfremdung den Wunsch nach Zusammenhalt eher gestärkt als geschwächt hatte.

8) Zahlenangaben für 1989 erübrigen sich: Allein für November/Dezember 1989 wurden mehr als 10 Millionen Besucher aus der DDR im Westen ihres Vaterlandes geschätzt.

REISEN AUS DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN DIE DDR in 1000

A Reisen von Westdeutschen in die DDR und zu mehrtägigen Aufenthalten nach Ost-Berlin
B Reisen von West-Berlinern nach Ost-Berlin und in die DDR (mehrtägig)
C Besuche im grenznahen Raum der DDR (ab 1973)
D A – C insgesamt

	A	B[3])	C[4])	D[5])
1953	1.300			
1954	2.500			
1955	2.100			

1956	2.200			
1957	2.600			
1958	670[1)]			
1959	800			
1960	700			
1961	700			
1962	300			
1963	1.400			
1964	1.800[2)]			
1965	1.800			
1966	1.500			
1967	1.400			
1968	1.200			
1969	1.100			
1970	1.200			
1971	1.200			
1972	1.500	3.300	–	4.800
1973	2.200	3.800	193	6.193
1974	1.900	2.500	331	4.731
1975	3.100	3.200	463	6.763
1976	3.100	3.400	445	6.945
1977	2.900	3.400	443	6.743
1978	3.100	3.200	480	6.780
1979	2.900	3.100	416	6.416
1980	2.700	2.600	392	5.692
1981	2.100	1.800	280	4.180
1982	2.200	1.700	299	4.199
1983	2.200	1.700	310	4.210
1984	2.500	1.600	343	4.443
1985	2.600	1.900	319	4.819
1986	3.800	1.800	325	5.925
1987	5.500			
1988				

1) Ab 1957 schränkte die DDR nicht nur die Ausreise nach Westdeutschland ein, sondern sie reduzierte auch den Umfang der Einreise Westdeutscher drastisch – ein Umstand, der die alleinige politische Zielsetzung der Abschottung und Unterbindung des Zusammenhalts beweist.

2) Im November 1964 verordnete die DDR einen „Mindestumtausch“ (Zwangsumtausch) von 5,- DM pro Tag des Aufenthaltes in der DDR Er wurde 1968 auf 10,- DM und 1973 auf 20,- DM verdoppelt, 1974 auf 13,- DM reduziert und 1980 auf 25,- DM pro Tag festgesetzt.

[3]) Für die Zahl mehrtägiger Reisen von West-Berlinern in den Ostsektor und in die DDR bis zum Jahre 1961, als mit dem Bau der Mauer diese Möglichkeiten unterbunden wurden, liegen keine besonderen Angaben vor.
Infolge verschiedener „Passierscheinabkommen“ zwischen dem Senat von West-Berlin und DDR-Stellen konnten in der Zeit von Dezember 1963 bis Juni 1966 insgesamt 5.6 Millionen Tagesbesuche von Westberlinern im Ostteil der Stadt stattfinden.
Im Zuge der Verhandlungen zum Verkehrsvertrag genehmigte die DDR seit 1972 in größerem Umfang Reisen von Westberlinern in den Ostsektor Berlins und in die DDR. Das Absinken dieser Zahlen – wie aller übrigen im West-Ost-Verkehr – ab 1980 ist auf die von der DDR-Regierung erlassene Erhöhung des Zwangsumtauschs zurückzuführen.

[4]) Beim Abschluß des Verkehrsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wurde eine Vereinbarung über den „grenznahen Verkehr“ getroffen, der den Besuch von Personen aus dem westdeutschen Zonenrandgebiet in den grenznahen Kreisen der DDR ermöglichte.

[5]) Hierbei sind die Tagesaufenthalte Westdeutscher im Sowjetsektor von Berlin nicht mitgezählt. Für ihre Zahl gab es bis 1961 wegen der unkontrollierten innerstädtischen Fluktuation keine verläßlichen Angaben. Ab 1967 wurde ihre Zahl auf jährlich 1.4 Millionen, ab 1981 auf jährlich 1.1 Millionen geschätzt. Überwiegend handelt es sich dabei um rouristische Besucher. Die Zahl derjenigen, die den Ostsektor aufsuchten, um sich mit Verwandten und Freunden aus Ostberlin oder der DDR zu treffen, dürfte jedoch vor 1972 nicht gering gewesen sein.

Es verdient, näher untersucht zu werden, wie es dazu kommen konnte, daß das bei jüngeren Jahrgängen stereotyp festzustellende geringere Interesse an der nationalen Lage sich im Laufe des Lebens ebenso stereotyp der Interessenintensität der vormals älteren Jahrgänge annähert, daß aber 1989 beim Fall der Mauer gleichwohl vornehmlich die Jugend Träger der Ereignisse gewesen ist. Die SED hat sich in den eigenen Konkurs verspekuliert, wenn sie gemeint hat, die Rentnerreisen seien zum Abgewöhnen, „eine Sache für alte Leute“. Für nicht wenige in der DDR machte das Älterwerden schon deshalb Sinn, weil man dann in den Westen reisen konnte.

Für die Westdeutschen, deren Staat sich im Innern wie nach außen von der jüngeren Geschichte erstaunlich günstig abhob, wurde das nationale Moment in einer ungekannten Weise erfahrbar. Nach der nationalsozialistischen Zeit war nationaler Überschwang allenfalls noch bei sportlichen Welterfolgen fühlbar: Ansonsten dominierte eher ein Gefühl der Unsicherheit; Nüchternheit und Bescheidenheit waren eher am Platze als Hochgefühle. Das konkrete Erlebnis der Teilung des Vaterlandes und der Bedrängnisse der Landsleute mischte für viele in die naheliegende politische Selbstzufriedenheit unentrinnbar die Frage nach der eigenen Geschichte und der künftigen Entwicklung. Wenn das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, die Länder und Kommunen den innerdeutschen Reiseverkehr kontinuierlich gefördert haben (die finanziellen Hilfen – Besuchergeld – auf der einen, finanzielle Förderung von Jugend- und Gruppenreisen auf der anderen Seite),

so nicht nur wegen des humanitären Zieles, die menschliche Last der Trennungen zu lindern. Vielmehr geriet der Gewinn nie aus dem Auge, den die politische Kultur durch diese Begegnungen von Menschen eines Volkes, das in zwei weithin gegensätzlichen Welten leben mußte, verbuchen konnte. Der Gegensatz der Systeme wirkte politisch ernüchternd und orientierend.

Mitte der fünfziger Jahre versandeten wegen der Haltung der SBZ-Behörden die Bemühungen von Bund und Ländern, Schulklassen im Rahmen der Gegenwartskunde in die Sowjetzone reisen zu lassen. Erst in den Jahren ab 1982 konnte die Zurückhaltung der DDR allmählich überwunden werden. Als dann mit Abschluß des Kulturabkommens im Jahre 1986 der zunächst unter Jugendorganisationen abgesprochene Jugendaustausch eine amtliche Berufungsgrundlage erhielt, weitete er sich kontinuierlich aus. Die Zahlen für diesen Jugendaustausch, der von westlicher Seite überwiegend Schulklassen, aber auch Auszubildende umfaßte und an dem von östlicher Seite nur von der FDJ ausgesuchte junge Menschen in festgefügten Gruppen teilnehmen konnten, erlangten einen nennenswerten Umfang.

Aus der DDR kamen 1983 ganze 1.250 Jugendliche, 1986 waren es 3.900. Diese Größenordnung blieb in den folgenden Jahren in etwa erhalten: 1987 waren es 127 Gruppen mit insgesamt 3.700 Personen, 1988 kamen 187 Gruppen mit mehr als 5.500 Teilnehmern und im letzten Jahr der Teilung durften 5.600 junge Menschen aus der DDR in 194 Gruppen in die Bundesrepublik reisen. Im „Gegenverkehr“ reisten – gefördert mit Bundes- und Landesmitteln – schon 1983 22.000 Jugendliche zu Begegnungen in die DDR; 1985 und 1986 waren es jeweils rd. 68.000, die zu Kurzfahrten oder längeren Aufenthalten (bis zu 10 Tagen) nach drüben fuhren. 1987 belief sich diese Zahl bereits auf 77.000 und verhielt 1988 bei 74.000: Die Unterbringungskapazitäten der DDR (Jugendherbergen) waren glaubhaft erschöpft. Schließlich haben diese geförderten Jugendreisen im Jahre 1989 noch die Zahl von 94.000 Jugendlichen erreicht – die zahlreichen ungeförderten kürzeren oder längeren Aufenthalte von jungen Westdeutschen und Westberlinern nicht gerechnet. Die Wirkung dieser Reiseerlebnisse auf die jungen Westdeutschen lassen sich – etwas vereinfacht – folgendermaßen zusammenfassen: Die DDR ist ein schlechter Staat; mit den Menschen gibt es keine Verständigungsschwierigkeiten; sie denken weitgehend so wie wir; die Bundesrepublik ist, das wird im Vergleich überdeutlich, ein respektables Gemeinwesen.

So, wie diese DDR-Reisen (mit Vor- und Nachbereitung) offensichtlich der beste staatsbürgerliche Unterricht waren, so hat für weite Teile der westdeutschen Gesellschaft die Realität der Teilung und des SED-Regimes wesentlichen Einfluß auf ihr Identitätsgefühl und ihr nationales Empfinden ausgeübt. Immerhin hatten 40–30 v. H. der Westdeutschen in der DDR Verwandte, Freunde und Bekannte.

Hinsichtlich der Bedeutung dieser Begegnungen für das Bewußtsein der

Deutschen in der DDR lassen sich hinreichend zuverlässige Schlüsse aus den Praktiken des SED-Regimes im innerdeutschen Reiseverkehr ziehen. Die Politik der Abgrenzung enthüllte eindeutig die unveränderte Stärke der Hoffnungen der Menschen in der DDR auf einen ihre Lage verbessernden Einfluß aus dem Westen. Sie haben an die Wiedervereinigung zwar – wie die Westdeutschen – „nicht mehr geglaubt"; aber als sich die Gelegenheit bot, waren ihre Vorstellungen lebendig genug, den Schritt in die Einheit entschieden zu tun. Anders denn als Folge des aufrechterhaltenen menschlichen Zusammenhalts ist diese Haltung kaum zu erklären.

c) *Allgemeine Verwaltung*

Wie in den behandelten Bereichen von Post und Verkehr setzten die zuständigen Verwaltungsorgane in Deutschland nach 1945 ihre gewohnte Zusammenarbeit über die Provinz- (und damit Besatzungs-Zonen-) Grenzen hinweg fort, soweit dem nicht ausdrücklich besatzungsrechtliche Regelungen entgegenstanden. Das Netz dieser Zusammenarbeit war so eng, daß es hier nicht in der eigentlich gebotenen Ausführlichkeit geschildert werden kann. Bei den folgenden Angaben stütze ich mich auf die Auswertung von Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen aus der 2. Hälfte der 50er Jahre, das Stichwort „Innerdeutsche Beziehungen" des im Verlag Herder erschienen Staatslexikons und das Stichwort „Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland" des DDR-Handbuchs aus dem Jahr 1985. Es kommt darauf an, die Kontinuität oder Diskontinuität sowie die außerordentliche Vielfalt dieser verwaltungstechnischen Kontakte erkennbar zu machen. Ihr Funktionieren – oder Nichtfunktionieren – betraf meistens Einzelfälle, die aber in ihrer Masse über die 50er Jahre hinweg ein Bewußtsein der selbstverständlichen Zusammengehörigkeit gestärkt haben dürften. Hierauf läßt auch die zunehmend ablehnende Tendenz der politischen Führung der SBZ/DDR schließen.

Nach 1945 wurde der Amts- und Rechtshilfeverkehr zwischen Verwaltungen in offensichtlich beiderseitigem Interesse aus der Praxis heraus beibehalten. Lediglich bei der Erledigung von Auskünften in Lastenausgleichsangelegenheiten, bei der Klärung nationalsozialistischen Unrechts (z. B. erbetene Zeugenvernehmung durch dortige Gerichte) und bei Angelegenheiten von Personen, die aus der SBZ/DDR geflüchtet waren, verweigerten die SBZ-Verwaltungen jedwede Zusammenarbeit. Auch wenn in der SBZ die entsprechende Gesetzgebung fehlte, so war die politische Intention dieser Verweigerung nicht zu übersehen. Nicht selten nahmen andere, nicht unmittelbar zuständige staatliche oder nichtstaatliche Einrichtungen hilfsweise die erbetenen Funktionen wahr, z. B. die Treuhandanstalt für den Interzonenhandel, Industrie- und Handelskammern oder eine der caritativen Organisationen

(DRK, Innere Mission, Evang. Hilfswerk, Caritas). Die Vielfalt solcher Kontakte verdeutlicht sich mit der folgenden – unvollständigen – Aufzählung von Nachfragen: Strafregisterauskünfte, Mitteilung über ansteckende Krankheiten, über die Entziehung ärztlicher Bestallungen, Fahndungsersuchen, Ersuchen um Strafvollstreckung oder Zwangsvollstreckung (Lohn- und Sachpfändung, Offenbarungseide), Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen; Heranziehung zu Unterhaltsleistungen; Überstellung von Personen an der Zonengrenze, Übersendung von Akten und Urkunden, Austausch von Amtsblättern, statistischem Material, Jahresberichten, wissenschaftlichen Veröffentlichungen und sonstigen Archivalien.

Zwischen den westdeutschen Ordnungs- und Kreisämtern und den Präsidien der sowjetischen Volkspolizei wurden Ausweis- und Meldepflicht-Fragen erledigt. Das Bundeskriminalamt unterhielt schriftlichen Verkehr mit den Stadt- und Kreisverwaltungen der SBZ bei Aufenthaltsersuchen und mit den dortigen Staatsanwaltschaften bei Fahndungsersuchen und bei Vermißtensachen. Die Standesämter tauschten ungehindert Urkunden aus, die zentralen Kirchenbuchämter verkehrten entsprechend. In den 50er Jahren tauschten das Statistische Bundesamt und das Statistische Zentralamt der DDR Informationen aus. Dienststellen der Landesvermessung beider Seiten arbeiteten zusammen, man bemühte sich gemeinsam um Fortschritte bei der Herstellung eines europäischen Dreiecksnetzes. Das Bundesarchiv stand mit dem Deutschen Zentralarchiv in Potsdam und Landeshauptarchiven der SBZ in häufigem Informationskontakt.

Zahlreiche Institutionen beider Seiten unterhielten sachdienliche Verbindungen: Die Bank deutscher Länder und die Landeshauptkassen mit der sowjetzonalen Deutschen Notenbank; die Physikalisch-technische Bundesanstalt in Braunschweig mit dem Amt für Maß und Gewicht in Ostberlin; das Hydrographische Institut in Hamburg mit den entsprechenden Stellen in der Sowjetzone; das dem Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft gehörende Schlepperprüffeld Darmstadt hielt fachlichen Kontakt mit dem Institut für Schlepperprüfung in Barnim; reger Verkehr zwischen den zuständigen Stellen der Gesundheitsverwaltung und der Landwirtschaft.

Wie selbstverständlich in den ersten Nachkriegsjahren solche Kontakte wahrgenommen wurden, erhellt aus folgenden Beispielen. In den im Bundesgebiet bestehenden gewässerkundlichen Ausschüssen (Pegelausschuß, Grundwasserausschuß usw.) waren außer den Fachkräften der Bundes- und Landesverwaltung auch Fachleute aus Dienststellen der SBZ vertreten. Der Deutsche Normenausschuß war mit besatzungsrechtlicher Genehmigung in allen vier Zonen tätig; seinem Präsidium gehörten Vertreter der SBZ/DDR an. Die Wasserwirtschaftsverwaltung der DDR gehörte dem Kuratorium für Kulturbauwesen mit Sitz in Bonn an. Deutschland war mit nur einer Stimme in der internationalen Meterkonvention vertreten, den Beitrag zahlten beide Teile

Deutschlands anteilig. Man stelle sich vor: Ein Vertreter des Ministeriums für Aufbau der DDR nahm bis in die Mitte der 50er Jahre regelmäßig als Gast an Sitzungen der Musterbauordnungskommission teil, die von Bund und Ländern zum Zweck der Aufstellung einer Musterbauordnung gebildet worden war.

Bedeutende wissenschaftliche Gesellschaften bestanden aus Mitgliedern beider Teile Deutschlands (Goethe-Gesellschaft, Bach-Gesellschaft, Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute Clausthal). Gemeinsame Publikationen ergänzen das Bild: Die „Hydrologische Bibliographie“ wurde vom Hauptamt für Hydrologie der DDR und der Bundesanstalt für Gewässerkunde gemeinsam herausgegeben, die „Physikalischen Berichte“ in getrennter Ost- und Westausgabe vom Verband der Deutschen Physikalischen Gesellschaften und der Physikalisch-technischen Bundesanstalt.

Ein wichtiges Feld von Verwaltungskontakten nahmen die Träger der Sozialversicherung und die Versicherungsämter im Westen mit den vom FDGB unterhaltenen Kreisgeschäftsstellen der dortigen Sozialversicherung wahr: Austausch von Rentenakten, Invalidenversicherungskarten, Krankenpapieren. Auch die kassenärztlichen Vereinigungen verkehrten mit den mitteldeutschen Sozialversicherungskassen. Schriftlicher Verkehr zwischen den westdeutschen Versorgungsämtern und Sozialämtern und den Kreisverwaltungen der SBZ/DDR verlief normal.

Für Strafsachen war das Bundesgesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. Mai 1953 maßgebend; es regelte die Voraussetzungen, unter denen deutschen Gerichten außerhalb des Bundesgebietes und des Landes Berlin in Strafsachen Rechts- und Amtshilfe geleistet werden konnte; das Gesetz statuierte, wie bis dahin üblich, eine Pflicht zur Leistung dieser Hilfe.

Der Rechts- und Amtshilfeverkehr lief im großen und ganzen auch nach dem Bau der Mauer, der Talsohle des innerdeutschen Verkehrs, weiter. Die Bundesregierungen ermunterten wiederholt zur Aufrechterhaltung dieser Kontakte auf den Ebenen unterhalb der obersten Bundes- und Landesdienststellen. Am 11. Mai 1966 erließ die Bundesregierung unter Ludwig Erhard Richtlinien, die die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Kommunen beider Teile Deutschlands fördern und erleichtern sollten.

Insgesamt ließ die SED diesen Verbindungen gegenüber seit 1957 zunehmend und andauernd große Zurückhaltung erkennen. Die Vielfalt der Kontakte reduzierte sich auf die dringendsten Angelegenheiten der klassischen Verwaltungen.

II. *Die ungeregelten Verbindungen und Kontakte im Bereich von Kultur, Wissenschaft und Sport von 1949 bis 1972*

Eingangs sei darauf hingewiesen, daß bei dieser Aufgabenstellung die zwischenzonalen Kontakte und Verbindungen z. B. zwischen den Organisationen der beiderseitigen Gewerkschaften und Jugendverbände außer Betracht bleiben. Ihre Beschreibung würde die Entwicklungstendenzen auf den übrigen Gebieten auf je besondere Weise bestätigen, gehörte aber in ein vollständiges Bild.

a) *Kultur und Wissenschaft*

Das Kulturwesen in Deutschland ist viel zu differenziert und geschichtsmächtig, als daß es in seiner Bedeutung für den Zusammenhalt des deutschen Volkes in der Zeit der Teilung in der gebotenen Kürze dargestellt werden könnte. Wie in den übrigen in dieser Arbeit beschriebenen Bereichen darf auch für die Kultur von einer von Zonengrenzen relativ wenig beeinflußten Stunde Null im Jahre 1945 ausgegangen werden. Allerdings haben sich im Bereich der Kultur schon früh und deutlich die divergierenden Tendenzen bemerkbar gemacht: Die ideologischen Zielvorstellungen der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED suchten kulturelle Aktivitäten für politische Zwecke zu instrumentieren. Es verdient in einem größeren Zusammenhang dargestellt zu werden, in welchem Maß dies gelungen oder mißlungen ist. Die innerdeutschen Beziehungen im kulturellen Bereich bezeugen in ihrer Entfaltung, Beeinträchtigung und Regeneration jedoch eine bemerkenswerte Resistenz gegenüber totalitärem Mißbrauch.

Während in den Westzonen zunächst keine übergreifende regionale Kulturorganisation zugelassen war, wurde in der SBZ auf Initiative der Besatzungsmacht der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ gegründet, der überparteilich und interzonal tätig sein sollte. In ihm wurden im Laufe der 50er Jahre alle kulturellen Organisationen zusammengefaßt und der Politik der SED dienstbar zu machen gesucht. (1958 wurde er in „Deutscher Kulturbund“, 1974 in „Kulturbund der DDR“ umbenannt, stellte stets in der Volkskammer eine eigene Fraktion und war in den örtlichen Volksvertretungen mit Abgeordneten vertreten.) Diese Form staatlicher Kulturorganisation ermöglichte – unabhängig von Art und Qualität der kulturellen Aktivitäten – ihre Nutzung durch die SED. So forderte der Kulturbund im Sinne der Anerkennungsbemühungen der DDR schon im Jahre 1960 in einem offenen Brief an die westdeutsche Bevölkerung den Abschluß eines Kulturabkommens.

Trotz dieser Kanalisierungsabsichten regten sich bis zum Ende der 50er Jahre vielfache gegenseitige kulturelle Bedürfnisse. Sie profitierten zunächst von den propagandistischen Zielsetzungen der SED. In Berlin veranstaltete

man im April 1951 einen „Kongreß junger Künstler aus ganz Deutschland“, im Mai 1951 in Leipzig einen „Ersten deutschen Kulturkongreß“ mit dem bezeichnenden Ergebnis, einen „Koordinierenden Ausschuß zur Förderung gesamtdeutscher Gespräche unter den Kulturschaffenden“ zu gründen. Noch im Juni 1951 folgte in Greifswald ein gesamtdeutscher Medizinerkongreß, im Februar 1952 in Berlin eine „Gesamtdeutsche Konferenz der Kulturschaffenden“, im April 1952 ein gesamtdeutscher Kinderärztekongreß und im Februar 1954 eine „Gesamtberliner Konferenz der Kulturschaffenden“. Die politischen Hoffnungen der Veranstalter erfüllten sich allerdings nicht.

Gleichzeitig fanden – vor allem nach der Ausweitung des Interzonen-Reiseverkehrs ab Mitte 1953 – kulturelle, wissenschaftliche und kirchliche Veranstaltungen im Bundesgebiet Zuspruch durch Teilnehmer aus Mitteldeutschland. So nahmen an 38 wissenschaftlichen Kongressen, die von April bis September 1956 veranstaltet wurden, 1.467 Wissenschaftler aus der Sowjetzone teil. Für die Jahre 1956–59 verzeichneten gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltungen im Bundesgebiet insgesamt rund 18.000 Wissenschaftler aus der Sowjetzone. Hier stellten vornehmlich die medizinischen Kongresse mit einer Teilnahme von fast 12.000 Ärzten aus Mitteldeutschland ein besonders wichtiges Begegnungsfeld dar. 1957/58 schränkte die SBZ vorübergehend die Ärztereisen in den Westen stark ein, nachdem die Ärzteflucht zu einem schmerzhaften Ärztemangel geführt hatte. Proteste aus der Ärzteschaft ließen 1959 die Teilnahme an Fachtagungen im Bundesgebiet wieder stark anschwellen. 1955 hielten 255 westdeutsche Wissenschaftler Gastvorlesungen an Universitäten Mitteldeutschlands, 1956 lag die Zahl darüber und ging ab 1957 drastisch zurück.

Beim Stuttgarter Sängerfest im August 1956 verzeichnete man 1.200 Sänger aus Mitteldeutschland. Am Evangelischen Kirchentag 1956 in Frankfurt nahmen 22.000 und am Kölner Katholikentag jenes Jahres 28.000 Gläubige aus der DDR teil. Unterlagen des BMG verzeichneten für 1955 45.000 Teilnehmer an kulturellen und kirchlichen Veranstaltungen, für 1956 sogar 69.000. Vor allem in Westberlin abgehaltene Veranstaltungen zogen Menschenmassen nicht nur aus dem anderen Stadtteil an. Die 11. Deutsche Industrieausstellung im September 1960 fand das Interesse von 26.300 Besuchern aus Ostberlin und der übrigen DDR, die traditionelle „Grüne Woche Berlin“ 1960 sah 156.000.

Neben diesen vielbeachteten Veranstaltungen setzten sich die fachlich orientierten Kontakte auf den unterschiedlichsten Gebieten fort. Das Deutsche Archäologische Institut unterhielt laufenden schriftlichen und mündlichen Kontakt zu den Staatlichen Museen in Ostberlin. Die Bundesanstalt für Landeskunde verkehrte ebenso mit Einzelwissenschaftlern der Arbeitskreise für die mitteldeutschen Landschaften. Solche Kontakte mit fachlich zuständigen Instituten hielten z. B. auch das Institut für Raumforschung und das Deutsche Historische Institut in Rom aufrecht. Wissenschaftliche Akademien, die Raabe-

Gesellschaft in Braunschweig, die Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal (Bonn), die Deutsche Ahnen-Stammkartei (Dresden), die Zentralstelle für Familienkunde (Leipzig), die Vereinigung der deutschen Denkmalpfleger tauschten sich aus. Im Herbst 1957 erklärte der Staatssekretär im Ministerium für Kultur der Sowjetzone, Girnus, die Tätigkeit der damals bestehenden gesamtdeutschen Organisationen sei davon abhängig, daß Mitglieder aus der Sowjetzone paritätisch an der Leitung beteiligt seien; andernfalls sollten sowjetzonale Sonderorganisationen ins Leben gerufen werden. Hier wurde die noch vorhandene ambivalente Einschätzung der innerdeutschen Begegnungen durch die DDR-Regierung deutlich: Noch glaubte man, sie bejahen zu können, wenn sie Chancen zur politischen Nutzung für das Hauptziel der DDR-Agitation – die Anerkennung der Teilung Deutschlands in zwei souveräne Staaten – boten. International renommierte Gesellschaften wie Goethe-Gesellschaft, Bach-Gesellschaft, Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, setzten ihre ursprünglichen Tätigkeiten fort. Ihre organisatorische Einheit ging zwar meist verloren. Ihre gänzliche Spaltung ist – bis auf Ausnahmen – nie gelungen.

Die Vielfalt der Begegnungen im kulturellen Bereich wird durch die gegenseitigen Besuche von Theatern, Orchestern, Chören und Sängerbünden unterstrichen, über deren Umfang keine Zahlen vorliegen. Die Kontakte von Tanz- und Laienspielgruppen entfalteten sich wohl deshalb besonders zahlreich, weil sich die SED als Wahrer der deutschen Volkskunst verstand und erwartete, in diesem Bereich den Einfluß kommunistischer Kunstauffassung besonders leicht unters Volk bringen zu können.

Daneben sind Fachtagungen von Organisationen im industriellen, handwerklichen und landwirtschaftlichen Bereich zu nennen, bei denen die Teilnehmerzahlen nach 1957 aber ebenfalls stark zurückgingen. Immerhin haben nach Unterlagen des BMG in den Jahren von 1956 bis 1959 an Treffen, Begegnungen, Tagungen und Veranstaltungen privater Organisationen rund 1 Million Menschen aus Mitteldeutschland teilgenommen. Dabei haben diese Organisationen den mitteldeutschen Besuchern durchweg die Kosten für die Fahrt im Bundesgebiet, für Unterbringung und Verpflegung und sonstige kleinere Ausgaben – meist mit Hilfe des BMG – erstattet. Im Rückblick will es erstaunlich erscheinen, daß im Felde der Begegnungstreffen von vereinzelt noch bestehenden Berufs- und Traditionsverbänden Berufe wie Friseure, Glaser und Gärtner auftauchen, von akademischen Traditionsverbänden und Heimatvereinen nicht zu reden. Lediglich die finanzielle Förderung solcher Veranstaltungen durch das Gesamtdeutsche Ministerium machte sie aktenkundig, läßt aber auch die deutschlandpolitische Energie der amtlichen Bonner Politik jener Jahre erkennen.

Treffen, die vornehmlich von den Jugendverbänden und dem Deutschen Jugendherbergswerk für Jugendliche aus beiden Teilen Deutschlands in den Jahren 1954–57 veranstaltet wurden, sahen rund 100.000 Teilnehmer

aus Mitteldeutschland. Jedem Jugendlichen aus Mitteldeutschland, der – eingeladen oder nicht – seine Ferien im Bundesgebiet verbringen wollte, wurde ein kostenloser Aufenthalt von drei Wochen ermöglicht. Die Attraktivität dieser Angebote trug leider dazu bei, daß die SED seit 1957 im innerdeutschen Begegnungsbereich drastische Einschränkungen vornahm.

Es nimmt nicht wunder, daß in Deutschland, dem „Land der Musik", der musikalische Anteil an den kulturellen Beziehungen beider Teile Deutschlands besonders ausgeprägt war. Ausgeprägt nicht zuletzt deshalb, weil die Machthaber in der SBZ/DDR gegenüber der gemeinsamen musikalischen Neigung der Menschen in allen Teilen Deutschlands besonderes Mißtrauen hegten. „Festtage zeitgenössischer Musik", die als „Gesamtdeutsches Musikfest" im Mai 1955 in Weimar stattfanden, wurden – wenn auch mit unterschiedlichen Konzepten – vom „Verband Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler" (VDK) in der SBZ zusammen mit der „Vereinigung der Landesverbände Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer" (VLDTM) der Bundesrepublik ausgerichtet, wie auch das „Gesamtdeutsche Musikfest" im Sommer 1956 in Coburg. Aber es war schon in den ersten 50er Jahren spürbar, was im Juni 1957 im Rahmen einer „Programmatischen Erklärung Volkskunstschaffender" unverhohlen zum Ausdruck kam: „Die sozialistische Volkskunstbewegung soll das Volk lehren, stärker zu hassen und besser zu kämpfen." Klar, wer gemeint war.

1953 hatte der „Chorausschuß der DDR" das „1. Wartburgtreffen deutscher Sänger" ausgerichtet, an dem sich Chöre des „Deutschen Allgemeinen Sängerbundes" (DAS) aus Westdeutschland beteiligten. Diese beiden Organisationen schlossen damals sogar ein „Kulturabkommen" ab. 1954 und 1956 folgten weitere „Wartburgtreffen deutscher Sänger". Auf westlicher Seite sahen „Bundesmusikschulwochen" des Verbandes Deutscher Schulmusikerzieher in den Jahren 1955 (Mainz), 1957 (Hamburg), 1959 (München) und 1961 (Berlin) rege Beteiligung aus Mitteldeutschland. Daneben führten Mitgliederorganisationen des 1953 gegründeten Deutschen Musikrates zahlreiche Begegnungstreffen mit Teilnehmern aus der SBZ in Form von Musizierwochen, Fortbildungs- und Informationstagungen durch.

1962 wurde der „Musikrat der DDR" gegründet. Seine ausdrückliche Aufgabe war es vor allem, die internationale Zusammenarbeit zu fördern (unter die auch die mit der Bundesrepublik subsumiert wurde). Dies bedeutete im Klartext „Bemühungen um staatliche Anerkennung der DDR". Nach dem völligen Stillstand der innerdeutschen Kontakte schien sich im Winter 1963/64 mit einer Gastspielreise der Dresdner Philharmoniker ein Wechsel anzudeuten. Aber die zaghaften Ansätze endeten mit der vom VII. Parteitag der SED im April 1967 ausgelösten Kampagne gegen „gesamtdeutsche Gemeinsamkeiten" (mit der der von der Großen Koalition in Bonn eingeleiteten neuen innerdeutschen Politik begegnet werden sollte): Alle Kontakt- und Austauschvorschläge

wurden unter Hinweis auf die Notwendigkeit der vorherigen völkerrechtlichen Anerkennung abgelehnt. In gewisser Parallelität zum Sportbereich erreichte der Musikrat der DDR 1966 seine Aufnahme in den „Internationalen Musikrat" (IMC). Noch in den 60er Jahren vom Deutschen Musikrat unternommene mehrjährige Bemühungen, über Verhandlungen mit dem nun international etablierten Musikrat der DDR zur Wiederbelebung der nach 1961 unterbliebenen musikalischen Begegnungen in Deutschland zu gelangen, blieben ohne Erfolg. Es ging letztlich nicht nur um die Anerkennung der DDR, sondern um die Abgrenzungsbemühungen der SED, die umso stärker wurden, je mehr Vorwände für die Politisierung der innerdeutschen Begegnungen obsolet wurden.

b) *Sport (1940–1972)*

Die Besatzungsmächte hatten im Dezember 1945 für alle Besatzungszonen die Auflösung der bestehenden Turn- und Sportvereine angeordnet und nur „nicht-militärische Sportorganisationen lokalen Charakters" zugelassen.

Die Beziehungen der im Laufe der Zeit gegründeten zentralen Sportorganisationen (in der SBZ 1948 der Deutsche Sportausschuß – DSA, ab 1957 DTSB –, in der Bundesrepublik Deutschland 1949 das NOK und 1950 der Deutsche Sportbund – DSB) litten von Anfang an unter der politischen Aufgabenstellung der sowjetzonalen Sportverbände: „Sport ist kein Selbstzweck."

Schon 1948 hatten sich Sportlerinnen und Sportler an der „Aktivistenbewegung für den Zweijahresplan" zu beteiligen. 1951 erging der Auftrag des ZK der SED zu „politischer Westarbeit" im Rahmen gesamtdeutschen Sportverkehrs. Kein politisches Thema von deutschlandpolitischer Bedeutung, das nicht bei Kontakten und Sportbegegnungen zum Gegenstand agitatorischer Aktivitäten gemacht worden wäre: Vom „Generalkriegsvertrag" (womit der Generalvertrag vom Mai 1952 denunziert werden sollte, durch den das Besatzungsregime in den vormaligen Westzonen abgelöst wurde; sein Artikel 7 fixierte die auf die Einheit Deutschlands gerichtete gemeinsame Politik der Westmächte und der Bundesrepublik und war unter dem Namen „Deutschland-Vertrag" bis zur Wiedervereinigung im Jahre 1990 das außenpolitische Fundament der Deutschlandpolitik) - von diesem „Generalkriegsvertrag" über die Einführung der Wehrpflicht im Jahre 1955 bis zur Kampagne für den sowjetischen Friedensvertragsentwurf und dem Plan für eine „Freie Stadt Berlin" aus dem Ende der 50er Jahre – die Sportler der DDR sollten primär für politisch-ideologische Zwecke in Anspruch genommen werden. Der Deutsche Sportbund (DSB) der Bundesrepublik hatte zeitweise (September bis Dezember 1952) wegen des „unerträglichen Mißbrauchs" des Sportverkehrs und wegen der „Sonderbehandlung der West-Berliner Sportler" die Sportbeziehungen abgebrochen, der Wiederaufnahme aber zugestimmt,

nachdem beide Seiten vereinbart hatten, „jeden Mißbrauch der olympischen Idee und des Sports zu politischen Zwecken“ sowie die Diskriminierung der West-Berliner Sportler zu vermeiden. Aber trotz mehrfacher Proteste und Verhandlungen setzte sich die Sportführung der DDR ungeniert über getroffene Vereinbarungen hinweg. Als sich schließlich mit dem Mauerbau in Berlin die totale Blockade der Sportbeziehungen abzeichnete, beschloß der DSB am 16.08.1961 in Düsseldorf die vorläufige Beendigung des Sportverkehrs. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, drückte die Einstellung auch der deutschen Sportler aus, als er am gleichen Tage in Berlin-West erklärte: „Zu solcher Solidarität gehört, daß keiner aus der Bundesrepublik und West-Berlin an kulturellen, sportlichen oder anderen Veranstaltungen des Zonenregimes teilnimmt.“

Die politische Aufgabenstellung des DDR-Sports hatte in den fünfziger Jahren zu einem erheblichen Umfang sportlicher Begegnungen geführt; die Führung der SED hatte sich tatsächlich nennenswerten Einfluß auf die politische Stabilität und Entwicklung in der Bundesrepublik versprochen. Für die Jahre bis 1956 liegen keine Zahlen vor; sie lagen aber kaum unter denen des Jahres 1957, als allein auf dem Gebiet der Bundesrepublik 1.530 (!) gesamtdeutsche Begegnungen mit 34.480 Teilnehmern durchgeführt wurden; für in der Sowjetzone abgehaltene Sportbegegnungen ging man damals von einer doppelt so hohen Zahl aus. Zwar machte sich der anbahnende Abgrenzungskurs der SED auch in den Begegnungszahlen der Folgejahre stark bemerkbar; immerhin nahmen 1958 noch 7.356 Sportler aus der Sowjetzone an 396 gesamtdeutschen Veranstaltungen im Bundesgebiet teil. Die entsprechenden Zahlen für 1959 lauten: 11.393 Teilnehmer aus der SBZ an 624 Sportveranstaltungen im Bundesgebiet. 1960 waren es 13.294 Teilnehmer bei 683 Veranstaltungen. Und 1961 nahmen bis zum Bau der Mauer noch 14.838 Sportler aus Mitteldeutschland an 738 gesamtdeutschen Begegnungen im Bundesgebiet teil. Beim Deutschen Sportbund ging man damals davon aus, daß die Zahl der in der Sowjetzone abgehaltenen Sportbegegnungen immer etwa doppelt so hoch war wie die im sportlichen Ost-West-Verkehr. An diesen Zahlen wird der Wille der DDR-Führung ablesbar, die sowjetische Propaganda-Offensive für den Abschluß eines Friedensvertrages und eine „freie Stadt Westberlin“ bei Sportbegegnungen zu unterstützen.

Die von der SED an die politische Wirkung gesamtdeutscher Sportveranstaltungen geknüpften Erwartungen hatten sich zu keiner Zeit erfüllt. Im Gegenteil: Aus den Berichten, die von den Veranstaltern den Sportverbänden oder dem DSB zugingen, ging in der übergroßen Zahl der Fälle der Wunsch der Sportler aus beiden Teilen des Landes hervor, ungestörte sportliche Begegnungen durchzuführen. Bei den Begegnungen im Bundesgebiet war die Aufsicht durch ideologisch gefestigte Funktionäre selten lückenlos, sodaß die Sportler immer wieder Gelegenheit hatten, sich untereinander auszutauschen.

Bei den in der Sowjetzone stattfindenden Begegnungen wußten die gastgebenden Sportler meist Mittel und Wege zu finden, um die oft seit Jahren geknüpften menschlichen Kontakte unter Hinnahme politischer Redensarten ihrer Funktionäre aufrechtzuerhalten. Nicht selten ließen sowjetzonale Sportfunktionäre erkennen, daß sie ihre politischen Aktivitäten als unumgängliche Pflichtübung betrachteten. Es verdient angemerkt zu werden, daß sich aus diesen zahllosen, zwischen den Vereinen oft wiederholten, zu einer gewissen Tradition gelangten Begegnungen vielfach private Verbindungen ergaben, die zwischen den Veranstaltungen zu Briefwechseln und zum Austausch anderer Aufmerksamkeiten (Pakete und Päckchen) führten.

Bleibt zu erwähnen, daß die gesamtdeutschen Sportbegegnungen auf westlicher Seite über den DSB vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen finanziell gefördert wurden. Auf diese Weise konnten die von den Veranstaltern zu übernehmenden Kosten (vor allem Reisekosten) begrenzt werden. Da zu damaliger Zeit die private Unterbringung der angereisten Sportler bei den gastgebenden Sportlern die Regel war, kann von einem beachtlichen Engagement der Sportlerfamilien für den gesamtdeutschen Sport gesprochen werden. Die westdeutschen Sportler haben bei ihren Berichten über ihre Gegenbesuche in Mitteldeutschland stets das engagierte und in der Regel opferbereite Bemühen der dortigen Gastgeber unterstrichen, bei der Unterbringung und Beköstigung und beim Austausch von Aufmerksamkeiten nichts schuldig zu bleiben.

In der großen Überzahl handelte es sich bei den damaligen Sportbegegnungen um solche von kleinen Vereinen aus kleineren Orten und Städten. Je kleiner die beteiligten Ortschaften, umso größer die relative Zahl der Zuschauer: Diese Sportbegegnungen wurden über den sportlichen Wettkampf hinaus als willkommene menschliche Begegnung angenommen.

Zweiffellos sind diese privaten und somit politisch erfreulichen Begleiterscheinungen des gesamtdeutschen Sportverkehrs der sowjetzonalen Sportführung nicht verborgen geblieben. Solange für sie die Einflußnahme auf die politische Bewußtseinslage in Westdeutschland im Vordergrund stand, wurden die menschlichen Verbindungen – so sehr man sie zu begrenzen suchte – in Kauf genommen. Mit dem Bau der Mauer wurde jedoch jede Agitation im Bundesgebiet aussichtslos und außerdem stellte die SED-Politik das gesamtdeutsche Ziel, die deutsche staatliche Einheit, zurück. Der gesamtdeutsche Sportverkehr verlor für das Zonenregime seine Bedeutung.

Der DSB hob 1965 seinen Düsseldorfer Beschluß von 1961 auf. Äußerer Anlaß war hierfür die Entwicklung im internationalen Sport: Das Internationale Olympische Komitee hatte dem Anerkennungsersuchen des seit 1950 bestehenden NOK der DDR nach mehrfachen Ablehnungen stattgegeben. Die Bemühungen der DDR, mit einer selbständigen Olympiamannschaft auf internationaler Ebene zu reüssieren, brauchen hier nicht ausführlich dargestellt zu werden, weil sie nur mittelbar zum Beobachtungsgegenstand der inner-

deutschen Kontakte zählen. Es bleibt aber festzuhalten, daß die kontinuierlichen Anstrengungen der Sowjetzone um eine eigene internationale Identität im Sport einen nicht unwichtigen Indikator für die schon damals beobachtbaren längerfristigen deutschlandpolitischen Absichten des SED-Regimes darstellten. Dem gegenüber hat das als erstes, schon seit 1949 bestehende NOK der Bundesrepublik Deutschland stets die Einheit des deutschen Sports durch das Auftreten nur einer Olympiamannschaft aus Sportlern beider Teile Deutschlands zu dokumentieren gesucht. Das Auftreten dieser gemeinsamen Olympiamannschaft bei den olympischen Spielen der Jahre 1956, 1960 und 1964 hatte für das Bewußtsein von der Einheit Deutschlands innenpolitisch wie international ansehnliche Bedeutung. Wegen der ständigen Schwierigkeiten, die von der DDR bei der Aufstellung einer gesamtdeutschen Mannschaft gemacht wurden, gestattete das IOC, daß unter der bis dahin geführten gemeinsamen Flagge – schwarz-rot-gold mit den weißen olympischen Ringen – ab 1968 zwei deutsche Mannschaften auftreten konnten. Beethovens Hymne an die Freude hatte damals als die gesamtdeutsche Hymne im In- und Ausland Sympathie hervorgerufen. 1972 rückte dann zu den Olympischen Spielen in München erstmals eine eigene Olympiamannschaft der DDR bei den vom NOK ausgerichteten Spielen ein.

1965 noch hatten bei einer von Infas durchgeführten Befragung 65 v. H. für die Wiederaufnahme des innerdeutschen Sportverkehrs und nur 4 v. H. dagegen votiert – das war die auf gesamtdeutsche Einheit gerichtete Bewußtseinslage. Die durch die staatliche Anerkennung der DDR geschaffene Situation führte in der Öffentlichkeit und in Kreisen des Sports in gewisser Weise zu einer Resignation, zumal die Sportführung der DDR im Laufe der 60er Jahre bis 1972 alle Angebote zur breiteren Wiederaufnahme des Sportverkehrs inhibiert hatte. Es war nur von einem rudimentären Umfang zu sprechen. Von 1966 bis 1970 förderte der DSB insgesamt 104 gesamtdeutsche Sportbegegnungen im Bundesgebiet mit 1.680 Teilnehmern und 188 Begegnungen in der DDR, an denen 3.583 Sportler beider Seiten teilnahmen. Das waren im Jahresdurchschnitt 58 gesamtdeutsche Sportveranstaltungen – auf dem Hintergrund der Wünsche der gesamtdeutsch orientierten Sportwelt ein geradezu lächerlicher Umfang – weniger als ein Feigenblatt.

Bis nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages blockierte der DTSB jede Normalisierung, indem er – ohne Erfolg – auf einer separaten Behandlung der West-Berliner Sportler beharrte. Schon zu dieser Zeit waren Zweifel erlaubt, ob diese Haltung allein von politischen Vorgaben der DDR-Regierung bestimmt oder primär ein Mittel des DTSB war, um innerdeutschen Sportverkehr zu blockieren.

III. *Die Regelung innerdeutscher Verbindungen und Beziehungen*

a) *Vertragliche Regelungen und die Entwicklung im Bereich von Post, Verkehr und Allgemeiner Verwaltung*

Die große Koalition (1966–69) unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger hatte ihren Willen deutlich gemacht, die Existenz der DDR zwar nicht völkerrechtlich anzuerkennen, um der Menschen willen aber zu vertraglichen Regelungen mit ihr zu gelangen, die den Zusammenhalt der Nation bewahren und stärken sollten. Die Bundesregierung hob das Verbot innerdeutscher Kontakte auf der Ebene oberster Bundes- und Länderbehörden auf. Nach einem Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kiesinger und dem Vorsitzenden des Ministerrates, Stoph, im Jahre 1967 – der von der DDR abgebrochen wurde – kam es zu brieflichen und persönlichen Kontakten zwischen verschiedenen Bundesministerien und zuständigen obersten Behörden der DDR vor allem im Bereich von Post und Verkehr.

Nachdem Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung im Oktober 1969 die DDR als zweiten deutschen Staat anerkannt hatte, kam es im Frühjahr 1970 zu seinen Begegnungen mit dem Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph in Erfurt und Kassel, die aber noch ohne unmittelbare Auswirkungen für die innerdeutschen Begegnungsmöglichkeiten blieben. Allerdings zeigten die Ovationen der Erfurter Bevölkerung für den deutschen Bundeskanzler, daß die Bemühungen der Bundesregierung um menschliche Erleichterungen begrüßt, die Abgrenzungspolitik der DDR abgelehnt wurde. Während die Siegermächte über ein Viermächte-Abkommen über Berlin verhandelten, begannen Verhandlungen der Regierungen in Bonn und Ostberlin über das Transit-Abkommen als einen Beitrag zum Viermächte-Abkommen und über einen künftigen Verkehrsvertrag, der im Mai 1972 als erster Staatsvertrag zwischen den beiden Staaten in Deutschland abgeschlossen wurde. Er brachte eine wichtige Neuerung, insofern nun Bewohnern der DDR bei Vorliegen dringender Familienangelegenheiten (Taufen, Eheschließungen, Todesfälle) Reisen zu Verwandten ins Bundesgebiet gestattet wurden. Weil dies bis dahin nur Personen im Rentenalter möglich gewesen war, bedeutete dies einen wesentlichen Fortschritt. Der Abschluß des Grundlagenvertrages im Dezember 1972 eröffnete eine große Palette von Verhandlungsmöglichkeiten auf den verschiedenen Gebieten. Wenn es auch überwiegend technische Abkommen waren, die nun abgeschlossen wurden, so stärkten sie die Zuversicht, daß in Zukunft die menschlichen Verbindungen nicht mehr allen Schwankungen der politischen Wetterlage preisgegeben sein würden. Mit dem Grundlagenvertrag wurde ein Personenverkehr im grenznahen Raum möglich, für den zugleich vier neue Straßenübergänge an der innerdeutschen Grenze eröffnet wurden. Eine gemeinsame Grenzkommission wurde etabliert, die den vielfach unsiche-

ren Grenzverlauf feststellen und Grenzprobleme beseitigen sollte (Schadensbekämpfung, Instandhaltung und Ausbau der Grenzgewässer, telefonischer Informationsaustausch der Grenzorgane, Fischfangprobleme in der Lübecker Bucht, Nutzung der Eckertalsperre, Trinkwasserversorgung und Bau eines Hochwasserückhaltebeckens an der Itz bei Coburg). Es gab Verbesserungen für den Paket- und Päckchenverkehr, den Transfer von Unterhaltszahlungen, Vereinbarungen über die Verbringung von Abfall und Abwässern aus West-Berlin in die DDR, Rettungsmaßnahmen an dortigen Grenzgewässern und über den Neubau einer zweiten Kammer der Spandauer Schleuse. Eine Reihe größerer Maßnahmen trug zur Erhaltung des Berlin-Verkehrs und des innerdeutschen Straßenverkehrs bei: Grunderneuerung der Autobahn Helmstedt-Berlin, Neubau einer Nordautobahn Berlin-Hamburg, Verbesserungen im Reisezugverkehr und in der Binnenschiffahrt, Wiedereröffnung des Teltow-Kanals. Die Schließung der Autobahnlücke Eisenach-Herleshausen wurde ebenso vereinbart wie der Ausbau des Mittellandkanals und einiger Eisenbahnstrecken.

Im allgemeinen stellten diese Maßnahmen frühere Zustände aus der Zeit der Einheit wieder her, oder sie bestätigten nicht selten bis dahin stillschweigend geübte Praktiken. Sie symbolisierten aber die Legitimität der Zusammengehörigkeit gegenüber einer auf Klassengegensatz und Abgrenzung bedachten Politik – auch wenn die Ergebnisse dieser Vertragspolitik und ihrer konkreten Abmachungen vielfach weit hinter den ursprünglichen Hoffnungen zurückblieben. Erfolg und Wirkungsgrenzen dieser Abmachungen sind an jenen Statistiken ablesbar, die (s. o.) die Entwicklung im Bereich des Reiseverkehrs und der Telekommunikationsverbindungen belegen. Sowohl im Sport (s. u.) wie im Umweltbereich blieb es vorerst bei Absichtserklärungen.

b) *Die Entwicklung im Bereich von Kultur und Wissenschaft*

Besondere Hoffnungen waren auf die Entwicklung im kulturellen Bereich gesetzt worden. Die DDR versagte sich hier unter Hinweis auf die nach ihrer Meinung ungeklärte Frage des Preußischen Kulturbesitzes; wohlwissend, daß durch Besatzungsrecht und Bundesgesetz eine Regelung in ihrem Sinne ganz unmöglich war. Daß dieses Argument letztlich ein Vorwand war, erwies sich, als Honecker selbst noch im Herbst 1982 gegenüber einem Vertreter der sozialliberalen Koalition, Staatsminister Wischnewski, die Zurückstellung dieses Arguments und die Wiederaufnahme der seit 1975 unterbrochenen Kulturverhandlungen angekündigt hatte. Gleichwohl kann man in dieser Entscheidung Honeckers einen letzten Versuch der DDR erkennen, deutlich auf das Grundmotiv der Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition, die fortbestehende Einheit der Kulturnation bei staatlicher Teilung, einzugehen und ihr mit einem Erfolg das Ende zu ersparen. Ob diese positive Entscheidung im nationalen Kernbereich der deutschen Kultur allerdings in sachgerechter

Einschätzung der tatsächlich noch immer vorhandenen kulturellen Einheit der Deutschen und der damit verbundenen Auswirkungen für den Bestand der Zweistaatlichkeit erfolgten, ist zweifelhaft. Mit dem Entschluß, zu einer vertraglich gesicherten kulturellen Zusammenarbeit auch im außerstaatlichen Bereich zu kommen, verließ die DDR den Kurs einer bis dahin ziemlich konsequent exerzierten Abgrenzungspolitik. Die Tatsache, daß sich die DDR bis in die 80er Jahre hinein im kulturellen Bereich bedeckt hielt, läßt vermuten, daß man sich damals über die Möglichkeiten eines destabilisierenden Einflusses durch gesamtdeutsche kulturelle Aktivitäten klar war, obwohl von der sozialliberalen Koalition eine Politik der Stabilisierung in der Teilung Deutschlands glaubwürdig verfolgt wurde. Es ist nahezu unvorstellbar, daß die SED noch im Mai 1986 im Bewußtsein unanfechtbarer Macht handelte, als sie das Kulturabkommen unterzeichnen ließ. Vielmehr muß man mit einer fortgeschrittenen Blindheit für weltweit politische Zusammenhänge rechnen, die sicher auch darauf zurückzuführen war, daß für sie wichtige westliche Indikatoren – wie die deutsche Sozialdemokratie – keinerlei Anzeichen für die sich anbahnenden grundstürzenden Veränderungen im Ost-West-Verhältnis erkennen ließen.

Die kulturellen Begegnungen ließen deutlich erkennen, daß es der SED nicht gelungen war, alle Kultur in ihren politisch-ideologischen Dienst zu nehmen. Jener begrenzten Schicht, die durch Teilnahme an den kulturellen Veranstaltungen in einem engeren Sinn (Sprech- und Musiktheater, Ausstellungen) umschrieben ist, halfen die kulturellen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zur Identitätswahrung und Stabilisierung. Die Ereignishaftigkeit gesamtdeutscher Kulturveranstaltungen läßt kaum andere Schlüsse zu: Der ungewöhnliche Zustrom zu westdeutschen Kulturveranstaltungen in der DDR gab sicher über den größeren geistigen Hunger Aufschluß, der die Menschen in der DDR gegenüber ihren Landsleuten im Westen kennzeichnete. Aber bewies er nicht geradezu das größere Bedürfnis nach tiefergehender Orientierung in der Begegnung mit den westdeutschen Kulturträgern? Das sicher weniger dramatische, gleichwohl bemerkenswerte Interesse, das Veranstaltungen mitteldeutscher Kulturträger im Bundesgebiet fanden, bewies nicht nur eine freundliche Anteilnahme im Rahmen nationaler Solidarität (und dokumentierte so die Realität der fortdauernden Einheit der Kulturnation). Lebendige Kultur fordert ihrem Wesen nach Dialog, Frage und Korrektur. Die kulturelle Welt der DDR hatte sich weithin nicht zu jener plakativen Stupidität vereinnahmen lassen, die der SED vorgeschwebt hatte. Diese Leistung war es nicht zuletzt, die Erstaunen und Bewunderung auslöste. Das Vertrauen in die gemeinsame Wurzel prägte die kulturellen Begegnungen, die sich von einem kulturellen Austausch unter Angehörigen verschiedener Völker deutlich unterschieden.

So vielfältig und zunehmend diese kulturellen Begegnungen in Deutschland waren – sie erreichten wiederum nur eine begrenzte Bevölkerungsschicht.

Sie allein hätten nicht zu einer politischen Wende geführt. Dennoch: Ohne die kulturellen Signalwirkungen, die hiervon in die Schicht verantwortlicher Menschen ausging, ist eine politische Entwicklung von der Qualität des Protestes gegen das SED-Regime zur Qualität des Bekenntnisses „Wir sind ein Volk“ nicht vorstellbar. In den großen gesamtdeutschen Kulturveranstaltungen, die in der Öffentlichkeit weite Beachtung fanden, sah sich der einzelne Bürger in seinem gesamtdeutschen Empfinden, das er in Einzelbegegnungen erlebt hatte, bestätigt.

Die von der DDR seit 1973 auch ohne Regelung durch ein Kulturabkommen eingeräumten kulturellen Präsentationen erregten Aufsehen und Zuspruch, blieben aber Einzelereignisse. Neben den zahllosen individuellen Kontakten, die entweder die Abgrenzungspolitik der DDR überstanden hatten oder bei internationalen kulturellen Veranstaltungen aufgenommen wurden, blieben die kulturellen Darstellungen, die öffentlich registriert wurden, nur vereinzelt und spielten sich fast ausschließlich in Westdeutschland ab. 1977 nahmen erstmals Künstler aus der DDR an der „documenta“ in Kassel teil. Vereinzelte Auftritte wie die der Staatsoper Dresden, des Gewandhausorchesters, des Leipziger Thomanerchores und des Dresdner Kreuzchores machten die Bedeutung einer ungebrochenen deutschen Musiktradition bewußt. Auftritte westlicher oder Westberliner Ensembles (Berliner Philharmoniker unter Karajan in Dresden, die Westberliner Schaubühne mit einem Stück von Maxim Gorki (!) in Chemnitz, das Ballett der Hamburgischen Staatsoper in Dresden oder die Gächinger Kantorei unter Rilling in Leipzig) fanden meist im Rahmen international besetzter Festivals statt.

„Fotografie in Wissenschaft und Technik“ lautete der Titel der ersten westdeutschen Ausstellung Anfang 1977 in Ostberlin: 150.000 Besucher. Der DDR-Kulturbund zeigte 1979 in Köln die Ausstellung „Fotografie in der Deutschen Demokratischen Republik“. 1980 hatten sich westdeutsche Filmwochen in Saarbrücken, Duisburg und Bremen abgelöst – mit mancherlei Problemen bei der Durchführung. 1982 wurde in Ostberlin, Chemnitz und Magdeburg die Ausstellung „Stadt Park – Park Stadt. Eine Ausstellung aus der Bundesrepublik Deutschland“ gezeigt (170.000 Besucher); in Hamburg „Karl-Friedrich Schinkel. Eine Ausstellung aus der DDR“ (130.000 Besucher).

An vieles – wie den außerordentlich wichtigen Dialog im literarischen Bereich – kann hier nur erinnert werden. Die zeitgenössische Belletristik der DDR hatte im Bundesgebiet durch Lizenzausgaben einen hohen Bekanntheitsgrad. In umgekehrter Richtung hat der restriktive Lizenzerwerb der DDR den beobachtbaren Bedarf der mitteldeutschen Leserschaft nie befriedigt. Den Literaturversand hat die Zensur-Praxis der DDR zwar kontinuierlich zu verhindern versucht; aber es kamen doch so viele Sendungen an die Empfänger, daß diese wichtige Klammer des kulturellen Zusammenhalts einigermaßen wirksam blieb.

Das lange Zögern der DDR, sich auf ein Kultur-Abkommen einzulassen, ihre konstante Weigerung auch, innerdeutsche Veranstaltungen im Bereich von Volks- und Laienkunst zuzulassen, hatte einerseits die Erwartungen über einen umfangreichen Kulturaustausch gedämpft, andererseits aber offensichtlich die Wünsche der interessierten Beteiligten in der DDR so intensiviert, daß die gesamtdeutsche kulturelle Szene nach Abschluß des Abkommens im Jahre 1986 einen ungeahnten Aufschwung nahm. Wegen der Vielzahl der Veranstaltungen kann hier nur eine Auswahl stichwortartig aufgezählt werden:

- Ausstellung „Barock in Dresden“ in der Villa Hügel
- Ausstellung zeitgenössischer Malerei aus der Bundesrepublik Deutschland unter dem Titel „Positionen“ in Ostberlin und Dresden (90.000 Besucher)
- Breitangelegte Präsentation der DDR-Kulturwelt in 100 Veranstaltungen mit 800 Künstlern und Wissenschaftlern im Rahmen der „Duisburger Akzente“ 1987
- Autorenlesungen von jeweils vier Schriftstellern im anderen Teil Deutschlands
- Experten von Berufsbildungsinstituten beider Staaten treffen sich zum Erfahrungsaustausch in Simmerath/Eifel (1986)
- Ausstellung „Bilder aus der Bundesrepublik Deutschland“ in Berlin, Dresden, Rostock und Wismar

Eine Reihe von Vereinbarungen konkretisierte Absichtserklärungen aus dem Kulturabkommen:

- Einigung über die Rückführung von Archiv- und Museumsgut, das im Kriege ins jeweils andere Gebiet ausgelagert worden war (1986/87)
- Praktikanten-Austausch zu dreimonatigem Praktikum im jeweils anderen Staat
- Abschluß von Universitätspartnerschaften
- Einigung über eine Projektliste für die Jahre 1988/89, die etwa 100 Vorhaben umfaßte – eine Verfünffachung des bis dahin realisierten Umfangs von staatlicher Seite finanziell geförderter Veranstaltungen. Allein 13 Ausstellungen im Bereich der ostdeutschen Kunst, u. a. Barlach-Ausstellung der DDR in Kiel, Meißner Porzellan in Hamburg, Klinger-Ausstellung aus Leipzig in Frankfurt/Main, Heisig-Ausstellung in Berlin, Bonn, Essen, München und Hannover. Aus Westdeutschland in der DDR: Mies-van-der-Rohe-Ausstellung aus Aachen in Dessau; Max-Ernst-Ausstellung aus Hannover in mehreren mitteldeutschen Städten; Emil-Nolde-Ausstellung in Ostberlin.

Im Bereich der Musik und des Theaters kam es u. a. zu folgenden Veranstaltungen: Theater-Austausch Meiningen-Coburg, Komische Oper und Volks-

bühne Berlin mit Vorstellungen, das Ensemble des Dresdner Staatstheaters mit Hebbels 'Nibelungen' in München und West-Berlin. Thomaner-Chor und Kammerorchester des Gewandhauses Leipzig mit Auftritten in Westdeutschland, Konzertreise des Wernigeroder Jugendchores nach Bonn und Hannover, Konzerte mit Preisträgern internationaler Wettbewerbe aus der DDR nach Bonn, Köln, Hamburg, Hannover. Aus der Bundesrepublik gastierten in der DDR das Bundesjugendorchester (Berlin, Gera, Chemnitz, Leipzig, Magdeburg und Weimar), Preisträger internationaler Wettbewerbe in Berlin (am 10. November 1989!) und später in Dessau, Köthen und Leipzig. Austausch von Laienensembles, Teilnahme an Kursen und Wettbewerben, Arbeitsphasen in Jugendorchestern, an Vortragsreihen, Stipendien für 1–2-semestrige Studien an hiesigen Musikhochschulen; das Grips-Theater Berlin, die Oper Stuttgart, die Deutsche Oper am Rhein Düsseldorf, die Rockpoeten-Tour absolvierten Auftritte in der DDR und Ostberlin.

Im Bibliothekswesen wurden gegenseitige Studienaufenthalte von Experten für Kinder- und Jugendliteratur, gegenseitige Archivaufenthalte und Studienexkursionen, Austausch von Mikrofilmen verzeichnet. Im Bereich Wissenschaft kam es neben Informationsaufenthalten und Erfahrungsaustausch, dem Austausch von Nachwuchswissenschaftlern und Studenten zu zahlreichen Kooperationen auf den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Problemfeldern einer großen Zahl von Hochschulen und Bildungseinrichtungen.

Schließlich sei noch auf die Fertigstellung des Grimmschen Wörterbuchs als ein über Jahrzehnte laufendes Projekt aus der Vorkriegszeit zwischen der Berliner Akademie der Wissenschaften und der Göttinger Akademie der Wissenschaften hingewiesen – ein Ereignis, das ganz besonders die Einheit der deutschen Kultur symbolisierte.

Sobald die künstlichen und verkrampften Vorkehrungen des SED-Regimes überwunden werden konnten, die auf die Spaltung auch der deutschen Kultur gerichtet waren, brach sich in einem beinahe eruptiven Prozeß der Wunsch nach kultureller Zusammenarbeit Bahn. Ein in mehreren tausend Exemplaren für die Interessenten in der DDR zusammengestellter jährlicher „Kulturkalender", der einen Überblick über das vielfältige kulturelle Leben in der Bundesrepublik Deutschland gab, fand über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik seine Adressaten in der DDR – ein Informationsinstrument, das geeignet war, den Wunsch nach Teilnahme und Zusammenarbeit der Deutschen im kulturellen Bereich zu verstärken.

c) *Der Sportverkehr auf vertraglicher Grundlage*

In einem Zusatzprotokoll zu Art. 7 des Grundlagenvertrages vom 21.12.1972 hatten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unter Punkt 8 ihre Bereitschaft bekundet, „die Sportorganisationen bei den

Absprachen zur Förderung der Sportbeziehungen zu unterstützen“. Die durch diese Formulierung unterstellte Selbständigkeit der Sportorganisationen beider Seiten traf sicher nur für den DSB der Bundesrepublik zu, erwies sich aber für den DTSB der DDR als eine praktikable Möglichkeit, sich den Wünschen und Vorschlägen des DSB nach einer wirklichen Normalisierung des innerdeutschen Sportverkehrs erfolgreich zu entziehen.

Die Zeiten waren vorbei, als sich der Wunsch der deutschen Sportwelt nach dem intensiven Wettkampf der Vereine noch mit den politischen Zielsetzungen der DDR-Führung weitgehend deckte, die westdeutsche Öffentlichkeit im Sinne sowjetischer und ideologischer Zielsetzungen zu beeinflussen. Die Sportorganisationen der DDR hatten sich, mehr als in den 50er Jahren vorstellbar war, zu Kaderschmieden sozialistischen Selbstverständnisses gewandelt; die Heranbildung einer Sportler-Elite, die wegen ihrer sportlichen Erfolge weltweites Aufsehen und Anerkennung erfuhr, zu Instrumenten der internationalen Anerkennungsbemühungen der DDR war gelungen. Damit hatte sich für den DDR-Sport eine veränderte Aufgabenstellung ergeben: Mit sportlichen Erfolgen allein war die westdeutsche Öffentlichkeit nicht für real-sozialistische Ziele zu gewinnen; die Spitzenleistungen der DDR-Sportler bei internationalen Wettkämpfen und bei Olympischen Spielen jedoch vermochten das Ansehen der DDR im besonderen und des sozialistischen Lagers im allgemeinen zu stärken. Weil innerdeutsche Spitzensportveranstaltungen zwar die vorprogrammierten Siege der mitteldeutschen Sportler brachten, naturgemäß aber den Wunsch nach Sportwettkämpfen auf breiterer Basis wachriefen, boten die seit 1974 stattfindenden sogenannten „Kalendergespräche“ bis 1989 ein geradezu lächerliches Bild: Die Delegation des DSB rückte mit hunderten Vorschlägen für innerdeutsche Sportverhandlungen an, die bei den Vereinen wohlabgestimmt waren, und suchte den Sportverkehr kleiner lokaler Vereine, im Jugendbereich und von Vereinen im grenznahen Raum voranzubringen. Die DDR-Delegation ließ nur für sie voraussehbar siegreichen Spitzensport zu und reduzierte den Umfang vereinbarter Sportbegegnungen auf ein Maß, das schließlich dem Sportverkehr etwa mit der Sowjetunion und Polen entsprach, auf dem Hintergrund des tatsächlichen innerdeutschen „Bedarfs“ aber den Charakter eines bloßen Merkpostens hatte.

Vereinbarter innerdeutscher Sportverkehr 1974–1989[1]

Jahr	Vereinb. Veranst.	davon internat. Veranst.	zweiseitig. Begegn.	tatsächl. durchgef. Veranst.	(bilater. Veranst. der DDR mit) (Polen)	(UdSSR)
1974	40	22	18	37	47	42
1975	62	30	32	53	48	33
1976	62	42	20	61	46	42
1977	68	40	28	62	49	53
1978	75	44	29	74	66	91
1979	75	51	24	68	68	102
1980	77	54	23	56[2]	96	101
1981	70	57	23	65	248	108
1982	80	59	21	78	198	101
1983	80	64	16	76	276	112
1984	80	54	22	73	304	112
1985	74[3]			71	211	166
1986	91			86	220	161
1987	114			110	177	148
1988	155			141	156	136
1989	130[4])			1.580	173	129
1990	Sportbegegnungsverkehr freigegeben			10.500	168	101

Neben den genannten Gründen für den außergewöhnlich geringen Umfang des innerdeutschen Sportverkehrs („Bilanz des Mangels und des Mißvergnügens“ nannte das der Präsident des DSB, Willy Weyer) auch nach dem Grundlagenvertrag spielte ein anderer Umstand keine geringe Rolle: Da es sich in der Regel um Spitzensportler der DDR handelte, die an Veranstaltungen im Westen teilnehmen konnten, fiel es ganz besonders ins Gewicht, wenn einzelne Sportler die Gelegenheit nutzten, um im Westen zu bleiben. Wegen des Bekanntheitsgrades solcher DDR-Sportler erregten diese Fälle großes Aufsehen und setzten hinter den Eindruck von der DDR als führender „Sportnation“ Fragezeichen. Desgleichen wurden gelegentliche Mißfallenskundgebungen des

1 Diese Statistik orientiert sich an den Angaben des Stichworts „Sport“ von Willy Knecht im DDR-Handbuch 3. Aufl. 1986, Verlag Politik und Wirtschaft, und für die restliche Zeit an ergänzenden Angaben des Deutschen Sportbundes, Frankfurt a.M. Sommer 1993

2 Raktion des DTSB auf den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau durch das NOK Deutschland wegen der sowjetischen Okupation in Afghanistan

3 Für 1985 ff. waren keine Angaben zu ermitteln; für 1985/86 dürfte das Verhältnis zwischen zweiseitigen innerdeutschen Veranstaltungen und internationalen Treffen wie in den Vorjahren geblieben sein, während sich für die Jahre 1987–88 das Verhältnis zugunsten der innerdeutschen Begegnungen verschoben haben dürfte.

4 Die Kalendergespräche zwischen DSB und DTSB hatten sich zunächst auf Vereinbarungen für das erste Halbjahr beschränkt. Die Entwicklung des 2. Halbjahres überrollte alle Planungen. Ab 17.11.89 vereinbarten beide Seiten die Freigabe des gesamtdeutschen Sportverkehrs.

westdeutschen Publikums, das seinen Unmut über das politische Styling der DDR-Mannschaften (Hymnen, Embleme), wegen deren demonstrativer politischer Forderungen wie Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR oder wegen Verletzung von Menschenrechten in der DDR zum Ausdruck brachte, wiederholt als Vorwand benutzt, um den Umfang des innerdeutschen Sportverkehrs zu drosseln.

Im Gegensatz dazu weckte das Auftreten westdeutscher Sportler, vor allem im Fußball, regelmäßig nicht nur außergewöhnliches Interesse in der mitteldeutschen Bevölkerung. Man konnte sie geradezu als eine Fan-Gemeinde westdeutscher Bundesligaclubs, insbesondere der Nationalmannschaft bezeichnen.

Die frenetische Unterstützung, die westdeutsche Mannschaften bei Wettkämpfen mit anderen Nationalmannschaften erfuhren, ist ein weiteres wichtiges Indiz, daß bei allem Stolz auf die Leistungen der DDR-Sportler das Herz der Sportbasis zwischen Rügen und Thüringer Wald gesamtdeutsch schlug. Dies hatte seinen Grund auch in der wachsenden Distanz zwischen dem Breitensport in der DDR und der für das breite Publikum inakzeptablen materiellen Sonderstellung der Spitzensportler. Die z. T. an die Öffentlichkeit gelangenden Kontroversen um die Privilegien des Mitglieds des ZK der SED, Katarina Witt, sind nur ein Beispiel für die Schwierigkeiten, die der DDR-Sport durch seine Spitzenstellung im internationalen Sport in seiner ideologischen Zielsetzung erfuhr. Die widernatürliche Drosselung eines breiten innerdeutschen Sportverkehrs war die Kehrseite eines ideologisch orientierten Spitzensports, der nicht wahrnahm, daß die internationalen Verhältnisse sich gewandelt hatten.

Als am 17. November 1989 die ideologischen Fesseln fielen, erwies sich die deutsche Sportbewegung als eine durchaus intakte Klammer beider Teile Deutschlands. Die Zahl der Sportbegegnungen brach auf der Stelle alle Nachkriegshöchstmarken. Die Sportführung der DDR hatte zurecht den innerdeutschen Kontakt gefürchtet; die Zähigkeit, mit der der DSB bei den Kalendergesprächen unter der Leitung seines jahrzehntelangen Generalsekretärs Karlheinz Gieseler auch um die kleinsten Möglichkeiten zu innerdeutschen Sportbegegnungen gerungen hatte, erwies sich als Patriotismus. Hierbei wurde der DSB von allen Bundesregierungen, von Adenauer bis Kohl, politisch und finanziell unterstützt.

IV. *Innerdeutsche Städtepartnerschaften*

Es erscheint zweckmäßig, zunächst die ursprüngliche Definition der Bezeichnung „Städtepartnerschaft“ in Erinnerung zu rufen. Gewisse Irritationen der Aktivitäten der ersten Jahrzehnte sind so leichter einzuordnen.

Auf die ersten Vorläufe grenzüberschreitender interkommunaler Aktivitäten Ende des 19. Jahrhunderts sowie vor und nach dem 1. Weltkrieg sei hier nur hingewiesen.

1948 entschloß sich eine Konferenz französischer und deutscher Bürgermeister, durch kommunale Zusammenarbeit zur Aussöhnung beider Völker beizutragen. Internationale Organisationen, insbesondere der „Rat der Gemeinden und Regionen Europas“ (RGRE; 1950 in der Schweiz gegründet) widmeten sich der Förderung dieses Gedankens, der ausdrücklich auf die europäische Integration als ein Mittel der Friedenserhaltung abzielte. Der RGRE definierte (praktisch allgemeinverbindlich) Städtepartnerschaften als „normalisierte, d.h. durch Urkunden und Verträge begründete kommunale Verbindungen, die darauf angelegt sind, durch ständige gastfreundliche Begegnungen der Bürger immer enger werdende Freundschaften zu entwickeln. Ziel dieser Partnerschaften ist es in der Regel, einen Beitrag zur europäischen Verständigung und zum europäischen Aufbau zu leisten.“

Es bleibt also festzuhalten, daß es sich um offizielle (hoheitliche) Unternehmungen handelte (Austausch rechtlich verbindlicher Urkunden), die zwar der Pflege durch kommunale Funktionsträger bedurften (also nicht quasi privat-nachbarschaftlicher Natur waren), aber die breite Begegnung der Bürger zum Ziel haben.

Angesichts dieser begrifflichen Vorprägung nimmt es nicht wunder, daß innerdeutsche städtepartnerschaftliche Bemühungen der 50er, 60er und 70er Jahre immer wieder im Sande verliefen. Die in diesen Jahrzehnten wiederholt hier und dort vorgetragenen Bemühungen über die innerdeutsche Grenze hinweg zeigen aber die Virulenz der Idee, die ihre Kraft offensichtlich aus dem Bedürfnis einer kommunalen bürgerlichen Basis zieht, einer übergreifenden unideologischen, die unmittelbare kommunale Kompetenz überschreitenden politischen Idee der Verständigung und Zusammenarbeit konkret zu dienen.

Westdeutsche Städte wie Ulm und Konstanz bemühten sich schon Anfang der 50er Jahre – vergeblich – um Gespräche mit Städten in Mitteldeutschland. Aber schon bald wurden solche Vorstellungen durch eine Flut von Aktivitäten sowjetzonaler Städte in die Defensive gedrängt, die unter Losungen wie „Deutsche an einen Tisch“ einzig dem Ziel dienten, dem SED-Regiment Legitimation zu testieren und zur Anerkennung des Staates DDR zu animieren.

Diese Bemühungen sind also keine im Sinne der Städtepartnerschaft gewesen, so eindeutig sie Beziehungen auf kommunaler Ebene in Dienst zu nehmen suchten. Es ging darum, Gesinnungsgenossen, die sich mit der freiheitlichen Demokratie nicht anfreunden konnten, in der deutschlandpolitischen Diskussion im Bundesgebiet zu stärken und ihnen Gehör zu verschaffen. Weil die damaligen Bemühungen der DDR auf Regierungsebene ohne Erfolg blieben, suchte man Bündnispartner im kommunalen Bereich. Vergeblich, wie man weiß. Wohl auch deshalb, weil nicht wenige der Abgesandten aus der SBZ

den geplanten Kurzbesuch im Westen in einen dauernden Aufenthalt verwandelten, ging der allzu offensichtlich kommunistisch intendierten Offensive Ende der 50er Jahre die Luft aus. Die Unzugänglichkeit westlicher Rathäuser und Kreisverwaltungen rührte auch aus der eindeutigen Ablehnung systemübergreifender Partnerschaftsbeziehungen durch internationale Verbände wie den RGRE her. Die Stringenz solcher Auffassungen reichte soweit, daß in den 60er Jahren westdeutsche Teilnehmerstädte aus einer Partnerschaft mit französischen Städten wieder ausstiegen, wenn diese (zumeist waren es von der KPF dominierte französische Kommunen) sich auf eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt aus der DDR einließ. (Die DDR hatte inzwischen die Möglichkeit erkannt, auch auf diesem Wege internationalen Druck auf die von der „Hallsteindoktrin" gekennzeichnete Haltung der Bundesregierung auszuüben. Immerhin: Einige westdeutsche Städte riskierten Nonkonformität und unterhielten „Dreiecksverhältnisse" (u. a. Wuppertal mit St. Etienne und Zwickau; Frankfurt a. M. mit Lyon und Leipzig; Dortmund mit Amiens und Görlitz).

Die Ambivalenz dieser Partnerschaftskontakte erhellt sich auf bundesdeutscher Seite am deutlichsten in den amtlichen Äußerungen des Jahres 1966. Im Mai erließ die Regierung Erhard „Richtlinien für den Verkehr in Verwaltungsangelegenheiten zwischen Verwaltungsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland und Dienststellen in der sowjetisch besetzten Zone". Sie galten für sämtliche Verwaltungskontakte, also nicht nur für solche auf kommunaler Ebene. Sie standen in der Tradition einer Haltung, die schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre gefunden worden war und zielten ausdrücklich auf die „Pflege möglichst zahlreicher und enger Verbindungen zu unseren Landleuten in der sowjetischen Besatzungszone" und das „Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen" ab. Obwohl sich hieraus damals kein konstruktiver innerdeutscher Kontakt ergab, sah sich der erste Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen der Großen Koalition, Herbert Wehner, noch im selben Jahr zu einer Klarstellung im Hinblick auf Städtepartnerschaften genötigt. Im Dezember 1966 eröffnete er dem Deutschen Städtetag auf Anfrage: „Partnerschaften oder Patenschaften zwischen Städten der Bundesrepublik Deutschland und solchen der SBZ sind nicht zu empfehlen. Sie streben eine gesellschaftliche Assoziierung an, die ... die Beteiligten der Gefahr aussetzen, in den Verdacht subversiver Tätigkeit zu geraten." (Das bezog sich unzweideutig auf beide Seiten.) Aber noch vor 1970 bemühten sich gleichwohl Lüneburg und Würzburg (beides unionsgeführte Städte) um städtepartnerschaftliche Kontakte nach drüben – ohne Resonanz. Praktisch ließ sich die westdeutsche Haltung so zusammenfassen: Verwaltungstechnische Kontakte, bei denen sich auch menschliche Verbindungen herstellen oder pflegen lassen: Ja; städtepartnerschaftliche Beziehungen, die allein auf breiten Bürgerkontakt in westdeutschen Städten abzielen: Nein. Das war realistisch, weil die rechtliche und praktische kommunalpolitische

Entwicklung in der Sowjetzone längst den Gemeinden jegliche Selbständigkeit genommen und sie zu reinen Staatsorganen gemacht hatte, die keinen Freiraum für beiderseitige bürgernahe innerdeutsche Begegnung boten. Wie wenig sich die Staatsorgane in der Begegnung mit freien Bürgern zutrauten, wird aus der totalen Verweigerung solcher Kontakte ersichtlich.

Nun hätte man sich vorstellen können, daß in der durch die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition veränderten innerdeutschen Atmosphäre, die durch die unzweideutige Anerkennung der DDR als anderer Staat in Deutschland charakterisiert war, die SED das Feld für eine offensive Beteiligung an der deutschlandpolitischen Diskussion auf kommunaler Ebene geöffnet gesehen hätte. Dem war nicht so. Man darf vermuten, daß man sich diesem letztlich unkontrollierbaren und der Spontaneität geöffneten bürgernahen Gesprächsrahmen nicht gewachsen fühlte – unabhängig davon, daß hier der Beteiligung des Bürgers an kommunaler und nationaler Politik ein Feld eingeräumt wurde, das mit der Kommunalverfassung der DDR nicht ohne weiteres kompatibel zu machen war. Keiner der noch in den siebziger Jahren erfolgten kommunalen Bemühungen unterschiedlicher parteipolitischer Observanz war ein Erfolg beschieden (erfaßt sind: Düsseldorf-Mettmann, Frankfurt a. M., Erlangen – mit Unterstützung des CSU-Vorsitzenden Strauß –, St. Ingbert, Lüneburg, Kassel, Dörnigheim und der Landkreis Hanau). Nach Abschluß des Grundlagenvertrages unternahmen noch Hof, Kassel, Stuttgart, Jügesheim, Seligenstadt, Dinslaken, Plochingen, Hannover, Osnabrück, Herrenberg, Klein-Rönnau (Kreis Segeberg) und Iserlohn vergebliche Versuche. Eine ablehnende Begründung aus der DDR zu diesem Zeitpunkt war vielsagend: „Bei dem gegenwärtigen Stand der Beziehungen ... fehlen die erforderlichen Voraussetzungen für derartige von Ihnen gewünschte Städtepartnerschaften.“ Derweil lehnte der Deutsche Städtetag kommunale Partnerschaften mit der DDR ab. Die Bundesregierung suchte ihre Zurückhaltung hinter der positiven Beurteilung von kommunalen Kontakten zu fachlichen Themen zu verbergen. Tatsächlich ließ sich in dieser Zurückhaltung ein politisch bedingtes Verständnis für die Verlegenheiten erkennen, in die sich die SED-Herrschaft durch solche bürgernahen Aktivitäten auf kommunaler Ebene versetzt sah. 1971 noch betonte Bundesminister Francke, daß Städtepartnerschaften nur auf internationaler Ebene möglich seien; was implizierte, solche Verbindungen zur DDR könnten den Anschein erwecken, als sei die DDR für die Bundesrepublik Ausland.

Anfang der 80er Jahre äußerten sich dann – nach langjähriger Flaute – die Junge Union, ein Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Bundestagsabgeordnete Olaf von Wrangel (CDU), positiv zur Aufnahme städtepartnerschaftlicher Beziehungen. Bei Gelegenheit der Begegnung Bundeskanzler Schmidts mit Generalsekretär Honecker am Werbellinsee sprach Bundesminister Francke das Thema gegenüber DDR-Außenminister Fischer – vergeblich – an.

Nach dem Regierungswechsel zur christlich-liberalen Koalition im Jahr 1982 äußerten sich der vormalige Bundesminister Dieter Haack (MdB SPD) und der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Eduard Lintner, positiv zu dem Gedanken, im Rahmen vertraglicher Abmachungen zu städtepartnerschaftlichen Begegnungen zu gelangen. Noch im Februar 1983 argumentierte der Städte- und Gemeindetag der DDR: „Angesichts völkerrechtswidriger und die politischen Realitäten mißachtender Auffassungen und Praktiken der Bundesrepublik Deutschland sind bisher keine Voraussetzungen“ für Städtepartnerschaften gegeben. Konkrete Forderungen: Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft, offizielle Kontakte Bundestag – Volkskammer, Abschaffung Zentraler Erfassungsstelle Salzgitter.

Die Eröffnung der dann anschwellenden Zahl von innerdeutschen Städtepartnerschaften durch die DDR-Zusage an den saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine für die Verbindung Saarlouis – Eisenhüttenstadt am 13. November 1985 ist mit sowjetischem Einfluß in Verbindung gebracht worden. Am 11. November hatten die Auswärtigen Ausschüsse des Unionssowjets und des Nationalitätensowjets einer „weiteren Erhöhung der Zusammenarbeit mit den Städten anderer Länder auf allen Gebieten“ zugestimmt. Dies publizierte die Prawda am 12. November. Am 13. November nun erfolgte dann überraschend die lang angestrebte und auf Seiten der DDR wiederholt abgelehnte, offensichtlich aber gut vorbereitete Zusage für Eisenhüttenstadt – Saarlouis. Umstände und Terminfolge sprechen für einen Zusammenhang. Dann würde es einer der letzten Fälle gewesen sein, in denen die DDR mehr oder weniger freiweillig dem großen Vorbild Moskau gefolgt ist. So überraschend und vorbereitet die Zusage kam, so retardierend fuhr die DDR zunächst diesen neuen Kurs, der aber seine Eigendynamik entwickelte und so die zunehmende Schwäche der DDR-Führung und die zunehmende Virulenz des national orientierten Bürgerwillens in Deutschland deutlich werden ließ. Honecker versuchte im Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT noch zu bremsen: „Jedenfalls glaube ich, daß es sehr gut wäre, wenn man an das Schaffen der ersten Städtepartnerschaft nicht gleich eine ganze Kampagne dranhängt.“ Er sah die Flut kommen. In zeitlicher Reihenfolge nimmt sich die Liste der durch innerdeutsche Städtepartnerschaft verbundenen Städte bis zum Jahr 1989 so aus:

1986

1. Saarlouis – Eisenhüttenstadt
2. Wuppertal – Schwerin
3. Neunkirchen – Lübben

1987

4. Erlangen – Jena
5. Saarbrücken – Cottbus

6. Trier – Weimar
7. Fellbach – Meißen
8. Karlsruhe – Halle
9. Bremen – Rostock
10. Hof – Plauen
11. Kiel – Stralsund
12. Hannover – Leipzig
13. Flensburg – Neubrandenburg
14. Lübeck – Wismar
15. Hamburg – Dresden
16. Bonn – Potsdam
17. Mainz – Erfurt
18. Osnabrück – Greifswald
19. Braunschweig – Magdeburg
20. Offenburg – Altenburg

1988

21. Marburg – Eisenach
22. Ludwigshafen – Dessau
23. Göttingen – Lutherstadt Wittenberg
24. Neu-Ulm – Meiningen
25. Böblingen – Sömmerda
26. Aachen – Naumburg
27. Düsseldorf – Chemnitz
28. Dillingen/Saar – Hoyerswerda
29. Schwäbisch-Hall – Neustrelitz
30. Heilbronn – Frankfurt/Oder
31. Kaiserslautern – Brandenburg
32. Eppelborn – Finsterwalde
33. Kulmbach – Saalfeld/Thüringen
34. Würzburg – Suhl
35. St. Ingbert – Radebeul
36. Kronburg – Ballenstedt
37. Mannheim – Riesa
38. Salzgitter – Gotha
39. Nürnberg – Gera
40. Dortmund – Zwickau

41. Lemgo – Stendal
42. Sindelfingen – Torgau
43. Berlin-Spandau – Nauen
44. Berlin-Zehlendorf – Königswusterhausen
45. Nordheim – Reichenbach/Vogtland
46. Bottrop – Merseburg
47. Neuwied – Güstrow

1989

48. Homburg/Saar – Ilmenau
49. Husum – Heiligenstadt
50. Kassel – Arnstadt
51. Neustadt a. d. W. – Wernigerode
52. Unna – Döblin
53. Recklinghausen – Schmalkalden
54. Wolfsburg – Halberstadt
55. Lehrte – Staßfurt
56. Kornwestheim – Weißenfels
57. Reinheim – Fürstenwalde
58. Leverkusen – Schwedt/Oder
59. Bad Schwartau – Bad Doberan
60. Püttlingen – Senftenberg
61. Eschwege – Mühlhausen/Thüringen
62. Bayreuth – Rudolstadt

Monate bevor die erste innerdeutsche Städtepartnerschaft überhaupt in Angriff genommen wurde, Mitte 1986, hatten bereits 300 Städte und Gemeinden des Bundesgebietes ihr Interesse an einer solchen Verbindung bekundet, ein Jahr später waren es um 500. Neben dem saarländischen Ministerpräsidenten setzten sich mit Erfolg seine Amtskollegen aus Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen für diesbezügliche Wünsche von Städten ihrer Bundesländer ein – z. T. im persönlichen Gespräch mit Honecker selbst. Die Bundestagsabgeordneten Bahr, Bötsch, Jenninger, Leisler Kiep, Schäuble, Spöri und Wolfgramm schafften es für Städte aus ihrem Wahlkreis. In gleicher Weise waren zahlreiche Bundes- und Landespolitiker aktiv (Genscher, Mischnick, Vogel, Engholm, Schröder, Hiersemann). Beim Besuch Honeckers in Bonn annullierte er die Absagen gegenüber Ludwigshafen, als sich Bundeskanzler Kohl für die Stadt verwandte. Die Liste ließe sich fortsetzen. Es ist fast rührend zu beobachten, wie sich der Generalsekretär der SED Kommune um Kommune abbitten ließ, um sie dem wachsenden Einfluß des

Klassenfeindes auszusetzen, obschon zur gleichen Zeit die Ständige Vertretung der DDR in Bonn noch die „fehlenden Voraussetzungen“ (s.o.) reklamierte. Ja: Die Partnerschaft Lübeck – Wismar kam auf Initiative Wismars zustande: Unverwehte Spuren der mittelalterlichen Hanse. Aber noch Mitte Mai mauerte die Ständige Vertretung der DDR, nun allerdings unter Hinweis auf die schon erreichte sehr hohe Zahl. Standhaft blieb die DDR aber hinsichtlich der Partnerschaft von Landkreisen und – ein ganz harter Kern – von benachbarten Gemeinden und Städten an der innerdeutschen Grenze. Hof – Plauen, nicht unmittelbar benachbart, blieb eine Ausnahme. Die Bundesregierung zeigte sich grundsätzlich positiv interessiert – bei gelegentlicher Kritik an politischer Überfrachtung kommunaler Abmachungen, für die den Kommunen die Kompetenz fehle. Die Parteien äußerten sich grundsätzlich positiv. Aus der CDU waren da und dort jene Bedenken zu hören, die z. B. früher von Bundesminister Francke (SPD) zum Ausdruck gebracht worden waren: Daß der Eindruck entstehen könne, die DDR sei für uns Ausland und daß die Städtepartnerschaften bei rechtlicher Überschreitung ihrer Kompetenz zu übergreifenden, zwischen DDR und Bundesrepublik strittigen politischen Fragen im Sinne der DDR und des Ostblocks Stellung nehmen könnten (was mehrfach geschah). Teile der SPD und FDP beobachteten solche Reserven naturgemäß weniger, weil die in ihren Reihen favorisierte Politik des „Wandels durch Annäherung“ in solchen Vorgängen keinen politischen Schaden, eher einen Nutzen erkennen konnte.

Die anfänglichen Bemühungen der Städte der DDR, weisungsgemäß Forderungen wie die nach völkerrechtlicher Anerkennung als Ausland, DDR-Staatsbürgerschaft, Einstellung von Salzgitter usw. ließen sehr bald nach. Das Kommuniqué über den Honecker-Besuch vom 8. September 1987 in Bonn formulierte zur Frage der innerdeutschen Städtepartnerschaften, sie leisteten „einen wichtigen Beitrag zu Begegnungen zwischen den Bürgern“ und drückten damit eindeutig und allein das westliche Partnerschaftsverständnis aus.

Für die Beurteilung der politischen Auswirkung der konkreten Kontakte bleibt festzuhalten, daß vielfach bedauert werden mußte, daß kommunale Vertreter aus der DDR aus den konkreten Verhandlungen abgerufen wurden, falls sie sich zu weit von der vorgeschriebenen Linie hin zu bundesdeutschen Vorstellungen hatten locken lassen.

Die innerdeutschen Städtepartnerschaften hatten angesichts der retardierenden und abgrenzenden Haltung der DDR-Führung zu wenig Zeit, ihre mögliche Wirkung bis zur Wiedervereinigung so zu entfalten, daß verläßliche Leistungsprofile sichtbar geworden sein könnten.

Erwartungen westdeutscher Städte, über ihre Partnerschaften dem besonders daniederliegenden Jugend- und Sportverkehr aufzuhelfen, stießen auf große Zurückhaltung: Für die Jugend sei die FDJ zuständig (die gerade damit begonnen hatte, die ersten handverlesenen Jugendgruppen in den Westen

reisen zu lassen) und der Sport sei Sache der Sportverbände (tatsächlich gelang es, einige wenige städtepartnerschaftliche Sportveranstaltungen in dem zwischen den beiderseitigen Sportverbänden vereinbarten „Sportkalender“ unterzubringen).

Die Anbahnung und Ausgestaltung der Partnerschaften erwies sich trotz aller zentralen Lenkung durch die zentralen DDR-Instanzen als variabel. Die Vielfalt dieser inzwischen gut dokumentierten Vereinbarungen und Jahresprogramme läßt sich hier auch nicht andeutungsweise umreißen. Ihnen war gemeinsam

- das Bemühen der DDR, Zahl und Umfang von Bürgerbegegnungen zu begrenzen
- allmählich abnehmender Erfolg der DDR-Delegation, das politische Losungsarsenal der DDR in den Vereinbarungstexten unterzubringen
- Themen wie: bürgernahe Kommunalpolitik, Stadtplanung, Stadtsanierung, Stadtentwicklung, Architektur und Denkmalpflege, Probleme kommunaler Versorgungs-, Umwelt- und Verkehrspolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik behandeln zu wollen.

Nur bei wenigen durch Partnerschaft verbundenen Städten ist es zu einer intensiven Begegnungsfolge gekommen. Der Publikumszuspruch blieb bei den meisten öffentlichen Veranstaltungen hinter den Erwartungen zurück. Dies mag vor allem an den politischen Vorbelastungen gelegen haben. Sie konnten der westdeutschen Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben, da die DDR auf gemeinschaftlicher Unterbringung ihrer Delegationsteilnehmer und der stringenten Ablehnung privater Unterbringungskontakte bestand. Die DDR-Publizistik berichtete ihrerseits zu wenig und zu wenig werbend, als daß die Bürger der DDR-Städte zu einer massenhaften Teilnahme hätten kommen können. Dort hatte sich herumgesprochen, daß die SED nur ausgesuchte Bürger an städtepartnerschaftlichen Westreisen teilnehmen ließ.

Die Tatsache, daß nach der Wiedervereinigung sofort Dutzende weitere Städtepartnerschaften oder freundschaftliche Städteverbindungen in Gang kamen, zeigt aber, daß innerdeutsche Städtepartnerschaften nicht nur populär und den Kommunalpolitikern ein geeignetes Mittel politischer Profilierung waren. Die zahlreichen spontanen Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Städtepartnerschaften charakterisieren diese Beziehungen doch als eine auf eigentlichem republikanischem Bürgersinn erwachsende politische Aktivität, die ohne Zweifel geeignet war, zur Verhinderung der Entfremdung der getrennten Volksteile beizutragen: Die nationale Frage gelangte wieder auf die lokale Ebene.

Der Komplex „Innerdeutsche Städtepartnerschaften“ ist gut erforscht und dokumentiert (s. bibliographischer Anhang. Die vorstehenden Ausführungen orientieren sich in der Faktendarstellung an den angegebenen Arbeiten).

Es könnte politikwissenschaftlich und soziologisch interessant sein zu er-

forschen, ob sich jene Städte, die sich innerdeutscher Städtepartnerschaften annahmen, in der zweiten Hälfte der 50er Jahre besondere Aktivitäten im Rahmen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland entwickelt haben (ob es also deutschlandpolitisch kommunale Kontinuitäten gegeben hat). Die Unterlagen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland müßten solche Aufschlüsse leicht hergeben.

V. *Rückwirkungen auf die Menschen im geteilten Deutschland*

Die Statistiken über die postalischen Verbindungen zwischen den Menschen in den beiden Teilen Deutschlands und über den innerdeutschen Reiseverkehr geben einen allgemeinen Überblick über den Umfang der innerdeutschen Kontakte. An der Entwicklung der statistischen Reihen ist ablesbar, welchen kanalisierenden, zeitweise strangulierenden Einfluß die DDR-Behörden auf diese menschlichen Beziehungen genommen haben, daß sich aber immer wieder der Wunsch zahlreicher Menschen auf beiden Seiten der innerdeutschen Teilungslinie gegen diese Unterdrückung Bahn gebrochen hat, bis schließlich im Jahre 1989 der Wille zur Einheit alle Grenzsperren überwand. Generell kann gesagt werden, daß die menschlichen Begegnungen der schlechthin belebende, die Einheit erhaltende Faktor in der Zeit der Teilung gewesen sind.

Schon früh ist versucht worden, durch wissenschaftliche Forschung den Bewußtseinslagen in dieser geschichtlich einzigartigen Situation auf die Spur zu kommen. Hier ist nicht der Platz, die Ergebnisse dieser Forschung, an der hauptsächlich Infratest (seit dem 50er Jahren im Auftrag des BMG), Allensbach (erst in den 80er Jahren in ministeriellem Auftrag) Emnid und Infas beteiligt waren, auch nur dem Umfang nach darzustellen. Einige wenige Hinweise müssen genügen, um wichtige quantitative und qualitative Veränderungen hinsichtlich der Begegnungspraxis zu verdeutlichen und um zu einer gründlichen wissenschaftlichen Auswertung dieser Forschung anzuregen, die quasi die Funktion eines Endlos-EKG hatte und für die Politik wichtige Einsichten bot.

Schon 1955 hatte Infratest in einer breit angelegten Befragung die politische Bewußtseinslage der Arbeiterschaft in der SBZ analysiert und dabei danach gefragt, woher man seine Informationen über den Westen bekomme. Es stellte sich heraus, daß etwa 35 v. H. der Bevölkerung sich durch Besuch im Westen (einschließlich Westberlin) Eindrücke verschafft hatte. Eine noch größere Rolle spielte der Briefkontakt und das Gespräch mit Besuchern aus dem Westen. Obwohl drei Viertel aller Bewohner Mitteldeutschlands westliche Rundfunksender hörten, gaben den Rundfunk nur knapp ein Drittel der Befragten als Informationsquelle an.

Wie nun sahen Befragungsergebnisse von Infratest im Jahre 1989 aus, die im Rahmen eines Forschungsauftrages zur ständigen Beobachtung des innerdeutschen Reiseverkehrs erzielt wurden?

* 35 % der Bundesbürger ab 14 Jahren haben Verwandte, Freunde oder Bekannte in der DDR (ältere Generation 39 v.H.; 14–29jährige 29 v. H.). Nach stetigem Rückgang dieser Zahlen blieb der Anteil der Bundesbürger mit verwandtschaftlichen Beziehungen in den Jahren seit 1979 konstant (Flüchtlinge, Übersiedler!). Der Anteil der Bundesbürger, die zwar keine Verwandten, aber doch Freunde in der DDR hatten, verdoppelte sich gegenüber 1979 von 5 auf 10 v. H.

* Im Jahre 1988 reiste jeder vierte Besucher erstmals in die DDR. Fast 40 v. H. der Reisenden des Jahres 1988 verfügten über DDR-Erfahrungen aufgrund von Reisen, die überwiegend seit 1985 gemacht worden waren. Diese Erfahrungen teilten auch rd. 35 v. H. der jüngeren Reisenden (14–29jährige). Im Unterschied zu den touristisch orientierten Reisen ins Ausland galten die DDR-Besuche weit überwiegend Verwandten.

* 1988 gaben fast 20 v. H. der westdeutschen Haushalte an, schon einmal Besuch aus der DDR gehabt zu haben, 12 v. H. sogar im Vorjahr. An dieser Stelle darf einmal vermerkt werden, daß Besucher aus der DDR seit den 50er Jahren ein einmaliges Begrüßungsgeld der Bundesregierung pro Jahr von DM 100,- erhielten (von anderen, kommunalen Beiträgen abgesehen), im übrigen aber mittellos einreisten und von den Gastgebern ausgestattet werden mußten. Die von den westlichen Reisenden in die DDR zu zahlenden und umgesetzten DM-Beträge beliefen sich 1987 rund gerechnet insgesamt auf etwa 850 Millionen DM.

* Bei 7 v. H. der westdeutschen Verwandten beschränkte sich der persönliche Kontakt in die DDR auf Briefe, Telefonate und Pakete/Päckchen, während 41 v. H. zum Teil mehrfach dort zu Besuch waren und Gegenbesuch erhielten. 24 v. H. reisten in die DDR, konnten aber noch keinen Gegenbesuch verzeichnen; 15 v. H. erhielten Verwandtenbesuche aus der DDR, ohne sie zu erwidern.

Insgesamt konnte 1989 festgestellt werden, daß sich infolge des seit 1985 spürbar gewachsenen Reiseverkehrs die menschlichen Beziehungen zwischen den getrennten Teilen Deutschlands nicht nur stabilisiert, sondern sogar intensiviert hatten: Die Zeit arbeitete nun nicht mehr gegen die Hoffnung auf Einheit, sondern dafür.

1982 stellte Infratest fest, daß fast jeder dritte Bundesbürger die DDR oder Ostberlin aus eigener Anschauung kenne. Gleichwohl war das Fernsehen für jeden zweiten Befragten die wichtigste Informationsquelle über die DDR. In der DDR bezogen 1984 die Menschen ihre Kenntnis über den Westen ebenfalls hauptsächlich über die Westmedien. Damals hatten sich 27 v. H. aller DDR-

Bürger mindestens einmal in der Bundesrepublik aufgehalten (hauptsächlich Rentner).

Für jenes Drittel der Bundesbürger, die sich unabhängig von politischen Ereignissen grundsätzlich für die DDR interessierten, so stellte Infratest 1985 fest, war der persönliche Kontakt nach Mitteldeutschland, dokumentiert durch wiederholte Reisen, das entscheidende movens. Bei spektakulären Ereignissen (z. B. Übersiedlerwelle) stieg das Bevölkerungsinteresse allgemein bis zu 50 v. H. an.

Über die Wirkung der elektronischen Westmedien in der DDR liegen ausführliche Unterlagen bei den Anstalten. Hier nur ein erster Hinweis von Infratest über den Fernsehempfang in der SBZ (Mai 1969 im Auftrag des BMG): Danach erwartete die Hörerschaft in der SBZ überwiegend, damals in erster Linie „objektive Informationen", abwechslungsreiche Unterhaltung und daß das Westfernsehen „die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der beiden Teile wachhalten und das System der SBZ als ein unmenschliches System des Zwangs entlarven" solle. Die positiven und negativen Einschätzungen der gesellschaftlichen Wirklichkeiten in beiden Teilen Deutschlands erfuhren durch die Reisen in den jeweils anderen Staat eine deutliche Bestätigung. Dabei schnitt die DDR durchweg sehr schlecht ab. Immerhin billigte ihr eine Mehrzahl der Reisenden aus dem Westen Vorteile u. a. in der Verbrechensbekämpfung, bei der Kinderbetreuung, in der Sicherheit der Arbeitsplätze und bei der Sportförderung zu; hier wurde der Wunsch deutlich, zu einem fairen Urteil zu gelangen, sich der Selbstkritik gewachsen zu zeigen und die Umwelt der Verwandten und Freunde nicht nur negativ zu beurteilen. Denn in den entscheidenden Kriterien wurde die Bundesrepublik der DDR als schlechthin überlegen vorgezogen. Hier stimmten die Meinungen gesamtdeutsch überein.

1988 stellte Infratest fest, daß DDR-Bürger nach einem Besuch in Westdeutschland die materiellen und politischen Lebensbedingungen in der DDR noch kritischer sähen als zuvor. 84 v. H. der DDR-Bürger hielten die Lebensbedingungen im Bundesgebiet für besser als in der DDR und zwei Drittel glaubten, daß sich daran auch in Zukunft nichts ändern werde. Dieses positive Urteil wurde auch unter den jugendlichen Jahrgängen geteilt. Jugendliche DDR-Besucher, so stellte Infratest 1981 fest, beobachteten die Menschen in der DDR im Vergleich zu solchen, die noch nicht in der DDR waren, deutlich eher als „Deutsche wie wir", bezeichneten die DDR seltener als Ausland und artikulierten häufiger den Wunsch nach Wiedervereinigung. 60 v. H. der jugendlichen Reisenden wünschten sich eine Wiedervereinigung.

1984 notierte Infratest, daß die Bundesbevölkerung zu rund drei Vierteln die Menschen in Ost und West als zu einem Volk gehörig beobachtete; diese Einstellung teilten diejenigen, die die DDR besucht hatten, zu 84 v. H. 78 v. H. der Bundesbevölkerung wünschten nach dieser Untersuchung die

Wiedervereinigung; diejenigen, die die DDR besuchten, wünschten dies zu 81 v. H., die DDR-Bevölkerung zu 89 v. H. Allensbach stellte im selben Jahr fest: „Wer persönliche Beziehungen zur DDR hat, sei es, daß er von dort stammt oder Verwandte oder Freunde dort leben, glaubt eher an die Wiedervereinigung als die Gegengruppe."

Bibliographische und Quellenhinweise

Allgemeines

Jahresberichte der Bundesregierung 1950–1989

Aktenunterlagen des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen/innerdeutsche Beziehungen aus den 50er, 60er, 70er und 80er Jahren zu verschiedenen Bereichen der innerdeutschen Kontakte

DDR Handbuch, Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Verlag Wissenschaft und Politik. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage 1985. Stichwort: „Innerdeutsche Beziehungen"

Staatslexikon, Herder Verlag, 7. Aufl. 1987, Stichwort „Innerdeutsche Beziehungen",

Ernst Martin, „Deutschlandpolitik der 80er Jahre", Bonn Aktuell 1986

„Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik. Ein Vergleich". Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 3. neugestaltete Ausgabe, 2. Auflage, Mai 1988

„Analysen und Berichte" des Gesamtdeutschen Instituts

Joachim Nawrocki, „Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten in Deutschland", Verlag Gebr. Holzapfel, Berlin 1986

Post

Wolfgang Grosser, „Die Entwicklung der Beziehungen zur DDR auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens", in: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen – Zeitschrift für Rechts-, Verwaltungs- und Verkehrswissenschaft der Deutschen Bundespost, Hrsg. im Auftrag des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen, Jahr 1978, S. 9

Steinmetz/Elias, „Geschichte der Deutschen Post", Band 4, 1945–1978

Immo H. Wernicke, „Post- und Fernmeldewesen in der DDR", in: Deutschlandarchiv, 5/1990, S. 756 ff, Verlag Politik und Wissenschaft, Köln

Verkehr

Ulrich Klimke, „Die Entwicklung des Berlin- und DDR-Verkehrs unter Berücksichtigung der jüngsten mit der DDR ausgehandelten Verbesserungen auf Straße und Schiene, in: Zeitschrift für Verkehrswissenschaft 4/76

Ders., „Die Verkehrspolitik im Aktionsfeld der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik", in: Zeitschrift für Verkehrswissenschaft 1/2–84

Kultur und Wissenschaft

Klaus- Eberhard Murawski, „Die Kulturbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR“, in: Kultur im geteilten Deutschland. Hrsg. v. Erika Lieser-Triebnigg und Siegfried Mampel. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung Band IX, Jahrbuch 1983

DDR Handbuch 3. erweiterte Auflage, Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1985, Stichwort: „Kulturelle Zusammenarbeit“

Heinrich Windelen, „Kulturabkommen dient dem Ausbau der Beziehungen zur DDR“, Erklärung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, in: Bulletin des Presse- und informationsamtes der Bundesregierung Nr. 48/S. 405 v. 7. Mai 1986

Klaus-Eberhard Murawski, „Das Kulturabkommen mit der DDR“, in: Gegenwartsfragen 53, Geschichte und nationale Identität, Kiel 1986

Kurt Plück, „Das Kulturabkommen – Entwicklung, Ziele, Praxis“, in: Mare Balticum, Ostseegesellschaft 1988

Manfred Ackermann, „Zwischenbilanz der innerdeutschen Kulturbeziehungen“, in: Deutsche Studien. Vierteljahreshefte 107, XXVII. Jahrgang, Sept. 1989

Manfred Ackermann, „Die Kulturbeziehungen seit Abschluß des Kulturabkommens. Eine aktuelle Stellungnahme und Einschätzung“, in: 40 Jahre innerdeutsche Beziehungen, Hrsg. v. Maria Haendke-Hoppe und Erika Lieser-Triebnigg. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Band 29, Jahrbuch 1989

Günter Lauterbach, „Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik“, in: Deutschland-Archiv 4/1989, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln

Herbert Sass und Hannelore Thiemer, „Beziehungen des Deutschen Musikrates zum Musikleben in der ehemaligen DDR“ – noch unveröffentlichter Manuskriptteil einer Dokumentation zum 40-jährigen Bestehen des Deutschen Musikrates (Veröffentlichung Herbst 1993)

Sport

Karl-Heinz Gieseler, „Sport als Mittel der Politik – die Sportbeziehungen im gespaltenen Deutschland“, v. Hase & Koehler Verlag, Mainz 1965

Wilfried Lemke „Sport und Politik. Ein Dokument des innerdeutschen Sportverkehrs“, Verlag Ingrid Czwalina, Ahrensburg 1971

Willy Knecht, Stichwort „Sport (innerdeutsche Beziehungen)“, in: DDR Handbuch. 3. überarbeitete Auflage 1985

Unveröffentlichte Unterlagen des Deutschen Sportbundes

Norbert Lehmann, „Internationale Sportbeziehungen und Sportpolitik der DDR“ I und II, in: Studien zur Politikwissenschaft Bd. 6, Lit Verlag, Münster 1986

Werner Rossade, „Sport und Kultur in der DDR“, in: Reihe „Sportwissenschaften“, tudur Studie 1987

Gunter Holzweissig, „Sport und Politik in der DDR“. Verlag Gebrüder Holzapfel, Berlin 1988

H. D. Krebs, „Neue Qualität in den Sportbeziehungen storniert“, in: Deutschlandarchiv 3/89, S. 247 ff. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln

H. D. Krebs, „Salto-Wenden im DDR-Sport“, in: Deutschlandarchiv 3/90, S. 349

Karl-Heinz Gieseler, Unveröffentlichtes Manuskript „Sport im Zugzwang der Politik – Das letzte Jahrzehnt bis zum geeinten Deutschland“, 1992

Akademieschriften 2, 8, 22, 36, 47 der Führungs- und Verwaltungs-Akademie Berlin des Deutschen Sportbundes e. V. (aus den Jahren 1981 bis 1988) „Sport im geteilten Deutschland“

Städtepartnerschaft

„Innerdeutsche Städtepartnerschaften, Handreichung der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschland“, Bonn 1987
Inge Maria Bürgmer, „Städtepartnerschaften als ein neues Element der innerdeutschen Beziehungen“, in: Arbeitspapiere zur internationalen Politik 55, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 1989
Oliver Schnakenberg, „Innerdeutsche Städtepartnerschaften“. Dissertation Universität Erlangen. Nomos-Verlag Baden-Baden, 1989
Thomas Nolte, „Kommunale Kooperation zwischen der Bundesrepublik und der DDR“, in: Studien zur Politikwissenschaft Bd. 53, 1989, Lit-Verlag
Nicole-Annette Pawlow, „Innerdeutsche Städtepartnerschaften“, Verlag Gebr. Holzapfel 1990
Beatrice von Weizsäcker, „Verschwisterung im Bruderland – Städtepartnerschaften in Deutschland“, Bouvier Verlag Bonn 1990

Meinungsforschung

Unveröffentlichte Berichte von
Infratest Kommunikationsforschung, München (1955–1989)
Institut für Demoskopie, Allensbach (1983–1989) in den Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen/innerdeutsche Beziehungen
Christine Jansen, „Meinungsbilder zur deutschen Frage, Eine Längsschnittanalyse von Repräsentativerhebungen in der Bundesrepublik Deutschland“. Dissertation am Institut für politische Wissenschaft der Universität Kiel, 1989

Zusammenfassung

Der Überblick über die vielfältigen innerdeutschen Kontakte, Verbindungen und Beziehungen während der Teilung führt zu folgenden Ergebnissen:

– Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten, ihre Folgen und Lasten waren hierzulande zu keiner Zeit populär; sie wurden über lange Fristen als vorläufig unüberwindbar hingenommen. Alle Anstrengungen und Maßnahmen des DDR-Regimes, die auf die Vertiefung der Spaltung gerichtet waren und den menschlichen Zusammenhalt erschwerten, waren stets unpopulär. Rigorose Abgrenzung wie nach dem Bau der Berliner Mauer war nur für eine gewisse Zeit möglich; die zeitliche und organisatorische Begrenzung solcher Maßnahmen entsprang nicht menschenrechtlicher Rücksichtnahme seitens der Machthaber, sondern geschah mit Rücksicht auf den unübersehbaren Wunsch der Deutschen in der SBZ/DDR nach Zusammengehörigkeit mit den Westdeutschen und Westberlinern.
– Alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beschlüsse und Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland, die auf die Einheit des Volkes in beiden Teilen des Landes gerichtet waren, konnten stets mit der Zustimmung der breiten Öffentlichkeit im Westen und auf stille Zustimmung auch im Osten rechnen.

- Die SED war seit etwa Mitte der 50er Jahre davon überzeugt, daß der Wunsch nach Zusammengehörigkeit ihren ideologischen Zielsetzungen im Wege stand. Die nationale Frage konnte nicht mehr für eine kommunistische Politik in Dienst genommen werden. Im Gegensatz hierzu haben die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik überwiegend die Zusammengehörigkeit als Voraussetzung einer Lösung der Deutschen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts gefördert. Demgemäß standen sich Erschwernisse und Behinderungen innerdeutscher Begegnungen (Sperrmaßnahmen, Zwangsumtausch, Abgrenzungsagitation usw.) und Förderung der Begegnungsmöglichkeiten (Begrüßungsgeld, Festhalten an einer deutschen Staatsbürgerschaft usw.) einander gegenüber.
- Die Stärke des Wunsches und des Willens der Menschen, in beiden Teilen des Landes zusammenzugehören, ist an den Maßnahmen ablesbar, die von der DDR zur Unterdrückung dieses Willens zur dauerhaften Teilung unternommen wurden.
- Nach den Erfahrungen des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wurde eine Änderung der Verhältnisse auf revolutionärem Wege ausgeschlossen. Wegen des von den Sowjets gestützten Machtmonopols der SED schied auch die Möglichkeit aus, das SED-Regime auf dem Wege innerdeutscher Kontakte zu destabilisieren. So wirkten alle Bemühungen um innerdeutsche Kontakte als ein friedlicher Widerstand, als eine Verweigerung gegenüber einer Politik der Abgrenzung, des Klassengegensatzes und des Hasses. Das Festhalten an der nationalen Zusammengehörigkeit hatte zu keiner Zeit nationalistische Motive.

Die mitteldeutsche Bevölkerung hat zu keiner Zeit erkennen lassen, daß sie vom Westen nationalistisches Aufputschen oder gar kriegerische Aktivitäten erwarte. Damit entsprach sie der langfristigen Geduld westlicher Politik, die deutsche Frage offen zu halten.

- Die einzelnen Kontakt- und Begegnungsbereiche (Post, Personenverkehr, Kontakte und Begegnungen in Kultur und Wissenschaft, im Sport, in der Verwaltung und bei den Städtepartnerschaften sowie durch die Medien) sind nur in ihrer Gesamtheit politisch zu gewichten; keiner dieser Begegnungsbereiche hätte allein ausgereicht, um den Zusammenhalt des Volkes zu wahren.

Insgesamt aber sind die Begegnungen und Kontakte zwischen den getrennten Bevölkerungsteilen die unerläßliche Voraussetzung dafür gewesen, daß sich trotz der mehr als 40jährigen Trennung das Vertrauen in den Einheitswunsch des jeweils anderen Bevölkerungsteils erhalten hat, der – unter der Voraussetzung einer veränderten Politik Moskaus – zu den Ereignissen des Jahres 1989 geführt hat.

Eine Politik, die auf die Hinnahme der Teilung Deutschlands durch Reformie-

rung des SED-Regimes abzielte, hat dieses Vertrauen offensichtlich weder im westlichen noch geschweige im östlichen Volksteil erzeugen können.

– Der reale Sozialismus auf deutschem Boden hat – im diametralen Gegensatz zu seinen Zielsetzungen – zur antitotalitären, demokratischen, westlich orientierten Identitätsfindung des Westdeutschen erheblich beigetragen.

Die Flucht von mehr als 3 Millionen Menschen aus der SBZ/DDR, die persönliche Anschauung von Besuchern aus beiden Teilen Deutschlands und vor allem die millionenfachen Begegnungen in beiden Teilen Deutschlands haben die allermeisten Menschen gegen den Kommunismus immun gemacht und so zu seinem Zusammenbruch entscheidend beigetragen.

– Das eindrucksvollste Phänomen der innerdeutschen Kontakt- und Begegnungsszene ist die Tatsache, daß immer dann, wenn die Begegnungsmöglichkeiten gelockert werden mußte, die Zahl der Begegnungen sofort wieder stark anwuchs und daß dies umso stärker der Fall war, je länger die Teilung des Vaterlandes schon andauerte: von 1987 an wurden die größten Umfänge des innerdeutschen Reiseverkehrs aus der ersten Hälfte der 50er Jahre überboten. Gerade die Reisen Westdeutscher in die DDR belegen, daß es sich dabei nicht lediglich um das Faszinosum des westdeutschen Wohlstands gehandelt hat.